Christ und Sozialist

Herbert Falken
Abschied von Heinrich Böll

Klaus A. Baier
Methode der Befreiungstheologie

Ulrich Spörel
Reise durch Nicaragua

Siegfried Katterle
Zukunft der Arbeit

U. Baur/H. Sorgius/H. Meier
Bruderhöfe in Deutschland

David Ormrod
Christlicher Sozialismus in England

Blätter des
Bundes der Religiösen Sozialisten
Deutschlands e.V.

3. Vierteljahr 1985

3/85

Inhalt

Herbert Falken
Abschied von Heinrich Böll 1

Klaus A. Baier
Methoden der Befreiungstheologie 5

Ulrich Spörel
Eindrücke einer Studienreise durch Nicaragua 13

Siegfried Katterle
Zukunft der Arbeit – Zukunft der Wirtschaftsordnung 20

Ulrike Baur/Herbert Sorgius
Bruderhöfe in Deutschland (Schluß) 27

Diskussion: Das Ende des Bruderhofes (H. Meier) 29

Karlheinz Lipp
Am Religiösen Sozialismus weiterarbeiten 36

David Ormrod
Die christlich-sozialistische Bewegung in England 39

Arnold Pfeiffer
Karl Marx, der Tod und die Apokalypse 43

Buchbesprechung:

Südafrikas pervertiertes Gesicht (F. M. Hofmann) 46

Autoren dieses Heftes

letzte Umschlagseite

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Klaus Kreppel, Jürgen Finnern, Dorothee Schäfer.

Redaktion: Erika Adolphy, Leopoldshöhe – Udo Fleige, Tübingen – Reinhard Gaede, Herford – Siegfried Katterle, Bielefeld – Klaus Kreppel, Bielefeld (verantwortlich) – Annette Muhr-Nelson, Dortmund – Bruno Schmidt, Essen.

Redaktionsadresse: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 4800 Bielefeld 17, Telefon 0521/33 54 54.
Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/10 09 37.
Bezugspreis jährlich DM 15,– zuzüglich Versandkosten.
Zahlungen an Band der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.
Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

Abschied von Heinrich Böll

"Schlaft nicht,
schlaft nicht,
es gibt keinen Frieden auf Erden!"
(Therese von Avila)

Freitag, 19.Juli 1985
9.15 Uhr, Begräbnismesse für Heinrich Böll
Katholische Pfarrkirche St. Martin, Bornheim-Merten
Zelebrant: Pfarrer Herbert Falken

Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.
Der Herr sei mit Euch! - Und mit Deinem Geiste.

Wir sind zusammengekommen, um Abschied zu nehmen von Heinrich Böll. Dieser Tod erfüllt viele mit Schmerz, besonders die Angehörigen. Aber der Tod ist nicht das Ende, sondern der Beginn eines neuen Lebens. Aus diesem Glauben schöpfen wir Trost und Zuversicht.

/Stille/

Herr Jesus Christus!
Du bist für uns gestorben: Herr, erbarme dich.
Du bist vom Tode auferstanden: Christus, erbarme dich.
Du bist uns zum Vater vorausgegangen: Herr, erbarme dich.

Lasset uns beten!
Gütiger Vater, in deine Hände empfehlen wir deinen Diener Heinrich Böll und hoffen zuversichtlich, daß er bei Christus ist. Wir danken dir für alles Gute, mit dem du ihn in seinem irdischen Leben beschenkt hast, und für das Gute, das wir durch ihn erfahren durften. Wir bitten dich, nimm ihn auf und gib ihm Wohnung und Heimat bei dir. Uns aber, die zurückbleiben, gib die Kraft, einander zu trösten mit der Botschaft des Glaubens, bis wir alle vereint sind bei dir. Durch Christus, unseren Herrn. Amen.

Lesung:

In seinem Lesebuch legte Heinrich Böll eine Auswahl von Texten vor, die ihm persönlich sehr wichtig waren. Es findet sich dort auch ein Brief von Vincent van Gogh an seinen Bruder Bernhard, aus dem ich zitieren darf:

"Mein lieber Bernhard,
Du tust sehr gut daran, die Bibel zu lesen. Dies als erstes, denn ich habe es mir immer verkniffen, Dir das anzuraten. Als ich die vielfachen Zitate aus Moses, dem Lukas-Evangelium usw. las, sagte ich mir unwillkürlich: Sieh da, weiter hat ihm nichts gefehlt, jetzt hat er ihn, und zwar gründlich ..... den Nervenklaps des Künstlers. Denn den kriegt man unvermeidlich, wenn man sich ernsthaft mit Christus beschäftigt, besonders in meinem Fall, wo sich die Sache noch durch das Rauchen unzähliger Pfeifen kompliziert.

Die Bibel, das ist Christus ....
Christus als einziger - von allen Philosophen, Magiern usw. - hat das ewige Leben, die Unendlichkeit der Zeit, die Nichtigkeit des Todes, die Notwendigkeit und Daseinsberechtigung ruhiger Gelassenheit und aufopfernder Liebe als Grundgewißheit bekräftigt. Er hat ruhig-gelassen gelebt, als Künstler größer als alle Künstler, er hat Marmor und Ton und Farbe verschmäht und in lebendigem Fleisch gearbeitet. Nämlich dieser unerhörte, mit dem stumpfen Instrument unserer modernen, nervösen, verdummten Hirne kaum faßbare Künstler hat weder Statuen noch Gemälde noch Bücher gemacht; laut bekräftigt er es: er hat .... lebendige Menschen gemacht, Unsterbliche.
Das ist ernst, vor allem, weil es die Wahrheit ist."

Evangelium:

Als ersten neutestamentlichen Text wählte Heinrich Böll in seinem Lesebuch die Seligpreisungen der Bergpredigt.

Der Herr sei mit Euch! - Und mit Deinem Geiste.
Aus dem Evangelium nach Matthäus: - Ehre sei Dir, oh Herr.

Als Jesus die vielen Menschen sah, stieg er auf einen Berg. Er setzte sich, und seine Jünger traten zu ihm. Dann begann er zu reden und lehrte sie:

Wohl denen, die vor Gott arm sind;
denn ihnen gehört das Himmelreich.
Wohl denen, die trauern;
denn sie werden getröstet werden.
Wohl denen, die keine Gewalt anwenden;
denn sie werden das Land erben.
Wohl denen, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit;
denn sie werden satt werden.
Wohl denen, die barmherzig sind;
denn sie werden Erbarmen finden.

Wohl denen, die ein reines Herz haben;
denn sie werden Gott sehen.
Wohl denen, die Frieden stiften;
denn sie werden Söhne Gottes genannt werden.
Wohl denen, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden;
denn ihnen gehört das Himmelreich.
Wohl euch, wenn ihr um meinetwillen beschimpft und verfolgt
und auf alle mögliche Weise verleumdet werdet.
Freut euch und jubelt: euer Lohn im Himmel wird groß sein.
Denn so wurden schon vor euch die Propheten verfolgt.

Ansprache: Er gehört(e) zu uns

Liebe Trauergemeinde!

Als der tote Heinrich Böll am Mittwochabend den Ort Langenbroich verließ, läutete die Kirchenglocke.
Die Dorfbewohner wollten ihn verabschieden wie jeden anderen sonst, der zu ihnen gehörte. Diese Art dörflicher Bürgerinitiative war getragen von guten nachbarschaftlichen Beziehungen und zugleich vom gemeinsamen Glauben der Menschen dort, Böll eingeschlossen.

Mir scheint, wir tun an diesem Ort in dieser Stunde nichts anderes: Heinrich Böll gehört(e) zu uns. Muß man noch mehr dazu sagen?

Liebe, verehrte Frau Böll,
liebe Familie Böll,
die Sie jetzt arm dran sind und doch so reich:
Ihr Mann, Ihr Vater lebt nicht nur in seinen Werken weiter, sondern auch und vor allem persönlich.
An Jesus Christus hat er nie gezweifelt.
Der wird ihn nicht im Tode belassen.
Das sei mein Wort des Trostes für Sie.

Liebe Zuhörer,
die Sie mit mir zu den Freunden des Menschen und Autors Böll gehören: Er hat uns alle in die Pflicht genommen.

Fürbitten:

Lasset uns beten:

- Wir beten für Heinrich Böll. Er möge zur Vollendung seines Lebens gelangen. Er, der sich ganz und gar hier engagierte und doch nicht ganz auf diese Erde gehörte, möge zu der anderen Heimat gelangen, die ewiges und vollkommenes Leben gewährt. Christus, höre uns.
Christus, erhöre uns.

- Wir bitten Gott um Annahme des Menschen Böll mit seinem guten Willen und in seinem Versagen, mit seiner mahnenden Stimme und mit seinen Irrtümern, mit seiner Freude und in seiner Traurigkeit, mit seiner vitalen Kraft und in seiner schweren Krankheit.
  Christus, höre uns.
  Christus, erhöre uns.

- Wir bitten für die Angehörigen und Freunde des Verstorbenen, die jetzt trauern, daß sie sich wie Jesus am Grabe des Lazarus ihrer Tränen nicht schämen, daß sie dankbar sind, ihn gehabt zu haben, und zugleich getröstet werden in dem Gedanken, daß er ihnen weiterhin nahe ist.
  Christus, höre uns.
  Christus, erhöre uns.

- Wir beten für Raimund Böll, den geliebten Sohn, für alle Verstorbenen der Familie, für die vielen Freunde und Weggefährten, daß es ein frohes Wiedersehen im Jenseits gibt, eine Geborgenheit in Gott und ein bestärkendes Verweilen der Toten bei uns Lebenden.
  Christus, höre und.
  Christus, erhöre uns.

- Wir beten im Sinne des Verstorbenen um Frieden und Abrüstung, um Dialogbereitschaft, um die Verwirklichung der Menschenrechte bei uns und anderswo, um die gerechte Verteilung der Güter dieser Welt und um die so dringend erforderliche Versöhnung zwischen den Völkern, um den Nachlaß der Schuld, die vor allem uns Deutsche drückt.
  Christus, höre uns.
  Christus, erhöre uns.

- Wir beten um Glauben, um ein waches Leben vom Geiste her, um Spiritualität, um Frömmigkeit, um das Hören auf prophetische Stimmen in und außerhalb der Kirche.
  Christus, höre uns.
  Christus, erhöre uns.

Klaus A. Baier

Methoden der Befreiungstheologie

Dieser Beitrag wurde am 23.6.1985 als Vortrag auf einer Tagung über die Theologie der Befreiung an der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente gehalten. Die Form des Vortrags wurde beibehalten.

"Ein junger Theologieprofessor aus Puerto Rico saß aus politischen Gründen einige Zeit im Gefängnis, da er an Demonstrationen gegen militärische Versuche der Vereinigten Staaten in seinem Land teilgenommen hatte. Als er anderen, nicht-christlichen Mitgefangenen erklären wollte, daß seine Teilnahme an dieser Aktion in seinem christlichen Glauben verankert sei, schnitt ihm einer von ihnen das Wort ab mit der Bemerkung: Hör mal, dein Glaube bedeutet absolut nichts, denn du kannst dein politisches Handeln rechtfertigen, und der Mann, der dich in´s Gefängnis brachte, kann es ebenfalls, indem er sich auf die gleiche Wahrheit beruft. - Was kann man diesem Einwand entgegnen? Zwei mögliche Antworten sollten wir von vornherein ausschließen: ´Ich folge so meinem Gefühl´, ´Das ist meine Entscheidung´ oder ´Das heißt für mich christlich´. Mit dieser Antwort brauchen wir uns nicht aufzuhalten: Sie bringt uns in den Tatbestand von Subjektivismus und Voluntarismus, in dem alle objektiven geschichtlichen Inhalte zur Leerformel werden. Aus diesem Grund würden sich die meisten Menschen der zweiten Antwort zuwenden: ´Es gibt eine absolute christliche Wahrheit oder christliche Prinzipien, die irgendwie in der Schrift und/oder in den Aussagen der Kirche enthalten sind. Allerdings gibt es dann mehr oder weniger unvollkommene *Anwendungen* dieser Wahrheit´. Diese Antwort drückt das aus, was man als die klassische Vorstellung von der Beziehung zwischen Wahrheit und Praxis bezeichnen könnte. Wahrheit gehört nach dieser Sicht in eine Welt der Wahrheit, in ein in sich vollkommenes Universum, das in ´richtigen´ Feststellungen kopiert oder reproduziert wird in einer Theorie (das heißt in einem Nachdenken über dies Universum), die dieser Wahrheit gemäß ist." (J.M. Bonino, Theologie im Kontext der Befreiung, Göttingen 1977, S.80).

Die klassische Konzeption der Wahrheit ist in der Theologie der Befreiung in eine Krise geraten. Die Theologen der Befreiung sagen, daß die Wahrheit nicht nur Anwendung finden muß oder irgendwie in Bezug zu ihrer Anwendung steht, sondern "das es keine Wahrheit außerhalb oder jenseits konkreter geschichtlicher Ereignisse gibt, an denen Menschen

als Handelnde beteiligt sind" (Bonino, ebd., S.81). Es gibt also keine Erkenntnis außer im Handeln selbst, in dem Prozeß der Veränderung der Welt durch Teilnahme an der Geschichte (vgl. ebd.). Die Theologie der Befreiung ist nicht eine beliebige "Genitiv-Theologie" (wie etwa die Theologie der Hoffnung, die Theologie der Revolution, die Theologie des Todes Gottes usw.); vielmehr ist die Befreiung der Horizont, "aus dem heraus der Gesamtinhalt des Glaubens gedacht wird, mit dem Ziel, die Geschichte zu verändern" (L. Boff, Aus dem Tal der Tränen ins gelobte Land, Düsseldorf 1984, S.186).

Die Theologen der Befreiung reflektieren also nicht darüber, wie der Begriff Freiheit, verstanden als einer der Grundbegriffe des christlichen Glaubens, in die Praxis übersetzt werden kann. Sie gehen vielmehr von der Erfahrung aus, daß der befreiende Gott in der Geschichte gegenwärtig ist. Die Theologie der Befreiung will eine aufrichtige Theologie sein: Eine Rede über den lebendigen Gott, der unter den Menschen heute gegenwärtig ist (auf dieselbe Weise, in der er in den Ereignissen gegenwärtig war, von denen die Bibel erzählt)" (S.Croatto, Befreiung und Freiheit. Biblische Hermeneutik für die "Theologie der Befreiung", in: H.-J. Prien, Lateinamerika: Gesellschaft, Kirche Theologie, Bd.2, S.40). In den Basisgemeinden haben Menschen die Erfahrung gemacht, daß ihnen bei der Lektüre der Bibel Gott als "Retter" gegenwärtig geworden ist. Sie erkannten ihre Abhängigkeit und Unfreiheit; ihnen wurde in der Konfrontation ihrer Situation mit der biblischen Botschaft eine Perspektive der Freiheit eröffnet und im konkreten Handeln erfuhren sie, daß es nicht bei dieser Perspektive allein blieb, sondern daß sich Befreiung ereignete. Coratto drückt das so aus: "Ein Gott, der nicht befreit von der politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Herrschaft ..., wäre ein schlechter Gott (...), ein Gegenschöpfer (...), der die Unterdrükkung rechtfertigt" (ebd., S.41). Es handelt sich also nach dem Selbstverständnis der Theologie der Befreiung niemals um eine bloß metaphorische, sondern immer um eine reale und geschichtliche Befreiung. "Was hätte es für die hebräischen Sklaven in Ägypten bedeutet, wenn ihnen Moses von dem unsterblichen Gott erzählt hätte, der die Sünde rechtfertigt und das ewige Leben verspricht, der sich aber jenseits der Politik des Pharao bewegt? Ein solcher Gott ist eine wahre Freude für jeden Unterdrücker!" (Croatto, ebd.). Am Anfang der Theologie der Befreiung steht also nicht irgendein erkenntnistheoretischer Satz - auch wenn später erkenntnistheoretische Elemente zur Ausformulierung herangezogen werden -, sondern die Erfahrung Gottes als Befreier.

Der gesellschaftliche Ort von Gotteserfahrung

Damit ist eine weitere wichtige Vorentscheidung gefallen: Die Befreiungstheologie setzt auf seiten des Theologen eine eindeutige Beschreibung und ein klares Bewußtsein von seinem gesellschaftlichen Ort voraus. Je nachdem, wo ich als Theologe stehe, in welchem Zusammenhang, in welcher gesellschaftlichen Struktur ich mich befinde, mache ich eine andere Gotteserfahrung. Ein Theologe, der auf seiten der Herrschenden steht, kann Gott nicht als Befreier erfahren. Er redet dann bestenfalls von einer allgemein gültigen Freiheit, die er vielleicht eine christliche nennt. Mag er sich dann auch noch für die Freiheit des Gedankens einsetzen - was so unwichtig nun auch wieder nicht ist -, wenn es um die konkrete Befreiung von unterdrückten Menschen geht, wird er sich, wenn er dem Konflikt denn nicht anders ausweichen kann, auf die Seite der herrschenden Schichten schlagen. "Jede Theologie, welcher Couleur sie auch sei, ist in einem gesellschaftlichen Zusammenhang angesiedelt" (L. Boff, Aus dem Tal der Tränen ..., S.187). Theologie der Befreiung ist deshalb immer eine Theologie, die die soziale Wirklichkeit aus der Sicht der Armen sieht, die die ablaufenden Prozesse im Interesse der Armen analysiert und auf der Seite der Armen für die Befreiung kämpft. Anders als so ist keine Theologie der Befreiung zu haben. Daraus ergeben sich zwei Optionen: eine politische und eine ethische. Die politische besagt, daß der Theologe einen ganz bestimmten Platz im Wechselspiel der sozialen Kräfte einnimmt, eben an der Seite der Armen und Unterdrückten. Die ethische bedeutet, daß er mit ihnen zusammen nicht mehr bereit ist, Unterdrückung und Ausbeutung hinzunehmen, sondern die Armut als einen Skandal versteht, den es durch Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen zu beseitigen gilt. Damit stehen wir aber vor einer dritten Grundentscheidung der Theologie der Befreiung.

Wenn das Ziel der Theologie der Befreiung die Befreiungspraxis ist, muß man die Wirklichkeit möglichst genau kennen, muß man Bescheid wissen über die Mechanismen, die für die Armut verantwortlich sind, und sondieren, welche Wege zu einer Gesellschaft führen, in der allen Gerechtigkeit widerfährt. Die Theologie der Befreiung ist ohne die Humanwissenschaften, insbesondere die Soziologie, nicht zu betreiben. Für die Theologie der Befreiung als kritische Reflexion des Glaubens aufgrund des befreienden Handelns Gottes ergeben sich daraus drei methodische Operationen, die in gewissem Sinne den drei Schritten bzw. Wegmarkierungen der von dem belgischen Kardinal Joseph Cardijn gegründeten internationalen christlichen Arbeiterjugendbewegung "Jeunesse Ouvrière Chrétienne":"Sehen - Urteilen - Handeln" folgen.

Drei Wegmarkierungen

1. Die sozio-analytische Vermittlung: Sehen

Unter "Vermittlung" soll hier jenes Medium verstanden werden, dessen sich die Theologie bedient, um ihr Ziel zu erreichen: die ganzheitliche, geschichtliche Befreiung.

Auf der Basis der grundsätzlichen Option für die Armen und gegen ihre Armut soll das System, das die große Mehrheit der Bevölkerung in Lateinamerika in eben diese Armut stürzt, sauber analysiert werden. Die Entscheidung für die Armen ist freilich noch keine Gewähr für die Qualität der Analyse. Deswegen benötigt die Theologie der Befreiung ein angemessenes sozialwissenschaftliches Instrumentarium. Um welche Art von Analyse und Gesellschaftstheorie geht es dabei? Zum ersten muß sich der Theologe seiner Lage bewußt sein: Er möchte sich für die Befreiung der Unterdrückten einsetzen - also wird seine Analyse nicht interesselos sein dürfen. Zum anderen hat er seinen theologischen Ort innerhalb der Basisgemeinde - er hat mit anderen zusammen Befreiung von Unterdrückung erfahren und will diese Erfahrung durch neues Handeln weitergeben; auch so ist er nicht interesselos. Von diesem Ansatz her ist eine funktionalistische Gesellschaftsanalyse wenig brauchbar, weil sie die Gesellschaft in erster Linie als ein organisches Ganzes ansieht, an ihrem Funktionieren und wohl auch an der Verbesserung des Systems interessiert ist, es aber insgesamt als gut und erhaltenswert betrachtet. Die Theologen der Befreiung haben sich für eine dialektische Gesellschaftsanalyse entschieden, weil sie die Gesellschaft vor allem als ein Gefüge von Kräften versteht, die wegen ihrer unterschiedlichen Interessen in Spannung und Konflikt miteinander liegen. Die dialektische Position geht also von den Konflikten und Ungleichheiten aus, denen die Verarmten ausgeliefert sind, und fordert eine Neustrukturierung des Gesellschaftssystems, damit es symmetrischer wird und allen Menschen Gerechtigkeit widerfahren lassen kann.

In diesem Zusammenhang berufen sich einige Theologen der Befreiung auf die Gesellschaftsanalyse von Karl Marx, freilich ohne ihre Ideologisierung im Marxismus-Leninismus mitzumachen. Da differenzieren sie sehr genau, was ihre konservativen Kritiker nicht immer würdigen. Wissen sie doch, daß nicht eine dogmatische Ideologie die Probleme ihrer Gesellschaft löst, sondern nur eine klare Analyse ihrer konkreten Situation. Und da hat sich die Gesellschaftsanalyse, wie Marx sie entwickelt hat, immer auch als hilfreicher

Schlüssel erwiesen. Bonino schreibt daher: "Unsere Berufung auf den Marxismus hat nichts mit einer angeblich abstrakten oder überzeitlichen Theorie oder mit dogmatischen Formeln zu tun, was in bestimmten marxistischen Kreisen allerdings behauptet wird, sondern mit einer wissenschaftlichen Analyse und einer Anzahl verifizierbarer Hypothesen, die sich auf Bedingungen beziehen, die zu bestimmten historischen Zeitpunkten und an bestimmten Orten bestehen und die, angemessene Korrektur, Modifizierung und Ergänzung vorausgesetzt, ein zulängliches Hilfsmittel zum Verständnis unserer eigenen geschichtlichen Situation bieten ..." (Bonino, a.a.O., S.87). Marxismus wird hier also als wissenschaftliche Methode und nicht als Ideologie verstanden. Ferner fließen Erkenntnisse der Sozialanthropologie, der Sozialpsychologie und der Geschichtswissenschaften in die analysierenden Bemühungen der Theologen der Befreiung ein. All diese Komponenten sollen zur strukturellen und ursächlichen Erhellung der Situation der Armut beitragen, in der Millionen von Menschen ungerecht und unmenschlich leben.

2. Die hermeneutische Vermittlung: Urteilen

Hermeneutik ist die Wissenschaft und Technik der Deutung, die uns in die Lage versetzen soll, den ursprünglichen Sinn von Texten (oder geschichtlichen Ereignissen, Realitäten) zu verstehen, die uns heutigen Menschen nicht mehr *unmittelbar* zugänglich sind. Auch hier gibt es verschiedene Ansätze. Die Hermeneutik in der deutschen Theologie, die weitgehend von Rudolf Bultmann geprägt ist, ging beispielsweise davon aus, daß wir deswegen alte Texte verstehen können, weil die "Existentialien" wie Angst, Trauer, Sorge, Freude usw. beim heutigen Menschen prinzipiell die gleichen sind wie bei den Menschen, die die alten Texte geschrieben haben. Verstehen, so sagt Bultmann, ist deswegen möglich, weil die Erfahrung von Existenz damals wie heute strukturelle Ähnlichkeiten und Überschneidungen aufweist. Der Prozeß des Verstehens bewegt sich hier innerhalb eines sogenannten hermeneutischen Zirkels: Weil ich die Erfahrung der Angst mache, kann ich die Aussagen über die Angst in den alten Texten verstehen und gleichzeitig erfahren, wie die Autoren der Texte mit der Angst umgegangen sind, um so für meinen eigenen Umgang mit meiner eigenen Angst zu lernen, Anregung zu bekommen oder Ermutigung zu erfahren. Der Verstehensprozeß ereignet sich also sozusagen im Kopf und im Herzen. Nachdem er sich dort ereignet hat, kann er Folgen für mein ehtisches Handeln haben. Dieser hermeneutische Zirkel ist unpolitisch. Die

Theologie der Befreiung spricht deswegen auch nicht so gerne von einem hermeneutischen Zirkel, sondern von einem hermeneutischen Kreislauf (G. Casalis). Was heißt das?

Nicht eine gemeinsame existentiale Struktur ermöglicht es dem heutigen Menschen, damalige Texte zu verstehen, sondern die Erfahrung einer gemeinsamen Geschichte - hier der Geschichte der Befreiung. Weil Menschen heute Befreiung erfahren, können sie in den alten Geschichten das befreiende Handeln Gottes (z.B. am Volk Israel) wiederentdecken. "Nur durch die hermeneutische Vermittlung ist die Bibel Botschaft und nicht Gesetz, und nur dadurch wird vermieden, daß die Aussage der Bibel als Botschaft der Befreiung für uns zurückgewiesen und bloß als Text über die Vergangenheit angesehen wird" (J.S. Croatto, Befreiung und Freiheit ..., S.49). Croatto spricht in diesem Zusammenhang von einer "semantischen Achse". Darunter versteht er die Möglichkeit, aufgrund von erfahrener gegenwärtiger Befreiung Texte, die von erfahrener damaliger Befreiung sprechen, zu verstehen. Die "semantische Achse" erlaubt, ein anderes Ereignis zu entschlüsseln. Hierin zeigt sich eine neue Art und Weise des Umgangs mit biblischen Texten. Während wir es gewohnt sind, nach der Wenn-Dann-Methode mit den alten Texten umzugehen, verfährt man hier eher nach einer Weil-Dann-Struktur. Wie kann man sich das konkret vergegenwärtigen? Eine Gruppe von Menschen - nehmen wir an, eine Basisgemeine - macht in ihrem Gottesdienst in der Art und Weise, wie ihre Kinder und sie selbst befähigt werden, sich gegen Unterdrückung zu wehren, die Erfahrung, daß Gott der Befreier gegenwärtig ist. Mit dieser Erfahrung im Rücken beginnen sie, die Schriften des Alten und Neuen Testaments neu zu lesen. Von ihrer Erfahrung aus versuchen sie, sich den Sinn des damaligen, in der Bibel berichteten Ereignisses anzueignen. Genauer: Weil sie erfahren haben, daß Gott befreiend gegenwärtig handelt, können sie den Sinn der damaligen Texte verstehen: nämlich von befreiendem Handeln Gottes zu berichten. Weil sie Gottes Gegenwart jetzt erfahren haben, darum können sie erkennen, daß die Autoren des Alten und Neuen Testaments von der Befreiung Gottes reden. Gleichzeitig entdecken sie in dem alten Ereignis, von dem da berichtet wird, einen Vorrat an Sinn, der von den alttestamentlichen und neutestamentlichen Autoren noch nicht gesehen wurde. Aufgrund ihrer neuen Erfahrung lesen sie die alten Geschichten neu. Die Deutung eines Textes beabsichtigt also nicht die Identifikation von Leser und Autor, sondern die Entschlüsselung des Textes als eine vieldeutige linguistische Struktur, die sich von einem neuen Kontext her der Interpretation öffnet. Damit erweist sich das Wort der Bibel als wirkmächtiges Wort, als lebendiges Wort, als Wort voller Gottesgegenwart. Damit hört das "alte Wort" nicht auf, sinnvoll zu sein - im Gegenteil: es wird durch die neue Erfahrung bereichert. Machen wir uns das an einem Beispiel klar: Das paulinische "Weder Sklave noch Freier, weder Mann noch Frau" (Gal. 3,28) hat für die Theologen der Befreiung einen Überschuß an Sinn, der das übersteigt, was Paulus im Hinblick auf diese Frage begreifen konnte und wie er es etwa im 1. Korinther-Brief 14,34 (Die Frau soll in der Versammlung schweigen) ausführt. Diese beiden Texte haben eine tiefere semantische Achse, die es den Theologen der Befreiung ermöglicht, sie mit einer neuen Sprache, aber vor allem mit einem neuen Sinn zu verstehen. Während Paulus von der Berufung durch Gott spricht, hören wir heute, daß die Sklaven von den Menschen zu Sklaven gemacht worden sind. Das ist eine Bedingung, die Gott nie akzeptiert. Wir verstehen auch, daß die Frauen dieselben Rechte wie die Männer in der Kirche sowie in der Gesellschaft haben. "Gott gibt ´Sinnanfänge´ in seiner Offenbarung, ohne sie vollkommen zu beenden, ´wissend´, daß der Mensch seine eigene Geschichte haben muß, um in seiner sozial-religiösen Praxis den unvollendeten Sinn zu vollenden." (F. Vanderhoff, Muerte y resurreccion de Jesus y practica de los cristianos, in: Christus, Nr.496/497, 1977, S.26ff).

3. Die praktisch-pastorale Vermittlung: Handeln

Die sozio-analytische Lektüre der Wirklichkeit führt in Verbindung mit der hermeneutischen Lektüre zu praktischen pastoralen Initiativen der Befreiung. Was sollen wir tun? Die Aktion hat ihre eigenen Gesetze, die sich von Analyse und theologischer Reflexion unterscheiden. Deshalb ist unter Vermeidung eines naiven Voluntarismus zunächst vom Gesamtspiel der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, ideologischen, repressiven und religiösen Kräfte auszugehen. Wir tun ja nicht, was wir wollen, sondern was uns die objektiven Bedingungen der Wirklichkeit zu tun gestatten. Darum muß die Kirche sich überlegen, was sie unter welchen Bedingungen im Sinne der Befreiung tun kann. Je nach Situation muß sie folgendes tun: die Dimension der Befreiung in der Liturgie, in der Unterweisung der Kinder, in der Erwachsenenbildung, in der Theologie und in der Seelsorge zum Tragen bringen. Es kann sein, daß von ihr gefordert wird, das Bewußtsein der Unterdrückung zu wecken und Wege aufzuzeigen, wie Gott den Menschen

heute befreit. Darüberhinaus muß sich die Kirche aber auch in ein Gespräch begeben mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, die ebenfalls die Veränderung der Strukturen und die Befreiung von der Unterdrückung anstreben. Schließlich können und müssen Christen und Organisationen von Christen eine Handlungsweise finden, in der sie es nicht bei reinen Symbolen bewenden lassen, sondern mit der sie direkt in die Politik und den infrasturkturellen Bereich einwirken können und sollen. Sie werden dabei den Weg der Gewaltlosigkeit zu gehen haben. "Immer aber muß klar herauskommen, daß wir uns strategisch für eine Befreiung entschieden haben, in der eine neue Gesellschaft möglich wird, in der Liebe und Brüderlichkeit weniger schwierig sind. Das gilt auch dann, wenn wir aufgrund von geschichtlichen Umständen zu rein reformistischen Maßnahmen gezwungen sind. Dies sind dann eben nur taktische Schritte und keine strategischen Ziele. Unser Ziel bleibt immer die umfassende Befreiung" (L. Boff, Aus dem Tal der Tränen ..., S.192).

Zusammengefaßt: "Das zentrale Postulat der Theologie der Befreiung ist: der Glaube ist die Erkenntnis eines Gottes, der sich immer der Geschichte offenbart; und insofern stellt der Glaube den hermeneutischen Zirkel (gemeint ist der hermeneutische Kreislauf, K.B.), der seinerseits das biblische Kerygma bereichert, wieder her" (Croatto, Befreiung und Freiheit ..., S.59). Etwas einfacher ausgedrückt: Gottes Offenbarung ist nicht abgeschlossen, er handelt gegenwärtig. Weil er gegenwärtig erfahrbar wird, können Texte, die von einer Erfahrung Gottes sprechen, verstanden werden. Gleichzeitig entschlüsselt die gegenwärtige Erfahrung in den alten Texten einen Überschuß an Sinn. Sie beginnen neu zu sprechen, an ihnen wird etwas deutlich, was die alt- und neutestamentlichen Autoren so noch nicht gesehen haben. Andererseits bilden sie ein kritisches Korrelat zu den gegenwärtigen Erfahrungen Gottes: Die gegenwärtige Erfahrung Gottes muß auf der Linie (semantischen Achse) dessen liegen, was in den biblischen Schriften angelegt ist. Auf diese Weise macht die Theologie der Befreiung deutlich, daß der lebendige Gott des Heils in den gegenwärtigen Befreiungsprozessen wirksam ist, in denen der Mensch ihn neu erfahren und in der Folge eine neue Rede von Gott aufbauen kann, die nicht eine bloße Wiederholung des Gleichen mit anderen Worten ist. Das wäre Mythos. Die Theologie der Befreiung macht dagegen ernst damit, daß Gott ein Gott der Geschichte ist.

Biographisches:

José Severino Croatto ist katholischer Alttestamentler und Professor am Instituo Superior Evangélico de Estudios Theológicos in Buenos Aires.

Er ist Präsident der Projektkommission der Kommentierten Theologischen Bibliographie des Ibero-Amerikanischen Raumes.

José Miguez Bonino, methodistischer Theologe aus Buenos Aires, war einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen. Er hat insbesondere das Gespräch zwischen den Theologen der Befreiung und westeuropäischen Theologen der Revolution bzw. der Hoffnung geführt und kennt die neuralgischen Streitpunke zwischen diesen Ansätzen sehr genau.

TAGUNGSHINWEIS

Der BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS E.V. lädt ein zur Tagung:

THEOLOGIE DER BEFREIUNG FÜR EUROPA
18.-20.10.1985 im Feriendorf Gomadingen bei Reutlingen

Referenten:

JOSE AMREIN	(Immensee, Schweiz)
NORBERT GREINACHER	(Tübingen)

Anmeldungen bitte senden an:
Bund der Religiösen Sozialisten, Postfach 5005, 7300 Esslingen (Anmeldeabschnitt im hinteren Heftumschlag).

Ulrich Spörel

EINDRÜCKE EINER ZWEIWÖCHIGEN STUDIENREISE DURCH NICARAGUA

Der Flughafen von Managua trägt seit der Revolution im Juli 1979 den namen von Augusto Cesar Sandino. "El general de los hombres libres" wird er von den Nicaraguanern genannt, der General der freien Menschen. Sandino hat zu Beginn der dreißiger Jahre einen fünf Jahre langen Guerillakrieg gegen die amerikanischen Truppen geführt und deren Abzug aus dem Land erreicht. Die Amerikaner hatten damals Anastasio Somoza Garcia als Chef der Guardia Nacional und quasi als ihren Statthalter zurückgelassen. Ein Jahr später wird Sandino auf dessen Befehl hin ermordet. Dennoch prägen die Namen Somoza und Sandino die weitere Geschichte Nicaraguas.

Mit dem Namen Somoza verbindet sich eine Diktatur, die selbst für lateinamerikanische Verhältnisse ungewöhnlich brutal und skrupellos war und die nach und nach das Land

zum Privatbesitz dieser Familie werden ließ. Gegen diese Diktatur, die später von dem Sohn Somozas fortgeführt wurde, bildete sich zu Beginn der 60er Jahre eine breite Oppositionsbewegung, die in dem Namen Sandino das einigende Symbol fand, die Frente Sandinista de Liberacion Nacional (FSLN). Nach jahrelangen Kämpfen ist es dieser Bewegung 1979 gelungen, Somoza zu stürzen und die Macht im Land zu erringen. Seitdem wird versucht, einen eigenständigen "sandinistischen" Entwicklungsweg für Nicaragua zu finden.

Was "Sandinismus" eigentlich ist und wie die Menschen heute in diesem Land leben, über das man so viele widersprüchliche Nachrichten hört, das sind Fragen, die uns bewegen, als wir am Morgen des 12. Juni 1985 in Managua landen.

Als ich nach der Landung aus dem Fenster der Maschine sehe, traue ich meinen Augen kaum. Am Fuß der Gangway steht Ernesto Cardenal; mit seinen langen weißen Haaren, einem weißen Vollbart und der für ihn typischen Baskenmütze ist er eine imposante Erscheinung. So hochrangig ist unsere Gruppe dann doch nicht. Mit in unserer Maschine befand sich eine belgische Regierungsdelegation, zu deren Empfang der nicaraguanische Kulturminister, der international sicherlich zu den bekanntesten Persönlichkeiten seines Landes zählt, erschienen ist.

Ein paar Tage später sollte ich ihm noch einmal begegnen, an einem Morgen auf einem großen Markt in Managua. Dort kauft er ein, unterhält sich mit den Marktfrauen, notiert sich Preise. Er bewegt sich völlig natürlich unter den Leuten, die ihrerseits nur wenig Aufhabens von dem Erscheinen ihres Kulturministers machen. Würde ich ihn nicht von Bildern her kennen, wäre ich nicht auf den Gedanken gekommen, hier einen Minister der nicaraguanischen Regierung zu treffen. Ich kann mir kaum ein anderes Land vorstellen, in dem sich ein Regierungsmitglied mit solcher Selbstverständlichkeit in der Bevölkerung zeigt.

Aber in diesem Land ist eben vieles anders, nicht nur anders als bei uns, sondern auch anders als in vielen Ländern der Dritten Welt.

Nicaragua ist ein kleines Land. Etwa drei Millionen Einwohner leben auf einer Fläche, die etwas mehr als halb so groß ist wie die Bundesrepublik. Von der Bevölkerungszahl her entspricht Nicaragua damit einem mittleren Regierungsbezirk bei uns. Es mag auch mit daran liegen, daß einem hier vieles sehr familiär erscheint. So ist es durchaus üblich, daß in

den Zeitungen oder im Rundfunk die führenden Politiker beim Vornamen genannt werden. Wenn der Regierungschef vor der Nationalversammlung spricht, so wird von Daniels Rede berichtet. Und wenn von Tomás gesprochen wird, so weiß hier jeder, daß der Innenminister Tomás Borge gemeint ist, und Sergio ist der Stellvertreter Daniel Ortegas in der Regierungsjunta Sergio Ramirez.

Anders ist in diesem Land natürlich auch das Klima, und das macht uns allen in den ersten Tagen doch erheblich zu schaffen. 35 Grad im Schatten sind zu dieser Jahreszeit durchaus normal, aber hier ist nicht überall Schatten; dazu herrscht eine enorme Luftfeuchtigkeit - Treibhausklima. Die vielen Termine, die wir vor allem in den ersten Tagen in Managua absolvieren, sind unter diesen Bedingungen sehr strapaziös.

Managua ist eine sehr eigenartige Stadt, aus meiner Sicht eher eine Un-Stadt. 1972 ist Managua durch ein Erdbeben weitgehend verwüstet worden. Der gesamte Stadtkern, fast alle aus Stein gebauten Häuser wurden zerstört. Es gibt heute kein gewachsenes Stadtzentrum mehr. An dessen Stelle sind heute Grünflächen. Das, was urbanes Laben eigentlich ausmacht, belebte Geschäftsstraßen, Straßencafés, das alles gibt es hier nicht mehr. Und es wird noch lange dauern, bis die Lücken, die das Erdbeben gerissen hat, wieder ausgefüllt sein werden. Doch auch dann wird es in dieser Stadt nur neue, moderne Gebäude geben.

Die Atmosphäre und der Zauber alter, gewachsener Städte, die durch die spanisch-katholische Zivilisation des Landes geprägt sind, lernten wir eigentlich erst in Granada und Leon kennen, Städte, die bis zum vorigen Jahrhundert die Zentren Nicaraguas waren und heute noch einen viel stärker ausgeprägten bürgerlichen Charakter besitzen.

Vom Krieg geprägt

Nicaragua ist ein Land, das auch heute noch sehr stark durch den Krieg geprägt wird, den Befreiungskrieg gegen Somoza und die Nationalgarde, an dessen Opfer die Erinnerung überall wachgehalten wird, geprägt aber auch durch den Verteidigungskrieg gegen die Contra, der dem Land von den USA aufgezwungen wird. Denn ohne deren massive finanzielle Unterstützung könnten sich die Contras, die sowohl von Honduras als auch von Costa Rica aus operieren, kaum halten. Die Erinnerung an die vielen Opfer des Kampfes gegen Somoza wird überall im Land wachgehalten. In Betrieben, Schulen,

Verwaltungsgebäuden hängen Bilder von gefallenen Kämpfern, an sehr vielen Gebäuden sind Erinnerungstafeln angebracht, Straßen und Plätze sind nach den "heroes y martires de la revolucion" benannt. Dennoch findet man bei den überlebenden Kämpfern nichts von jenem Kriegs-Pathos, wie es sich in Deutschland früher in jener Stalingrad-Kämpfer-Mentalität niederschlug, die kaum eine Gelegenheit ausließ, sich am Biertisch mit eigenen Kriegserlebnissen zu brüsten. Bei den vielen Begegnungen, die wir in Nicaragua hatten, ist eigentlich nie von den Beteiligten über eigene Erlebnisse während des Kampfes gesprochen worden.

Heute steht Nicaragua faktisch wieder im Kriegszustand. Der Kampf gegen die von Honduras und Costa Rica aus operierenden Contras zwingt dem Land enorme Opfer auf und ist insofern eine sehr große Behinderung für seinen wirtschaftlichen Aufbau. 40 % der Volkseinkommens werden für die Verteidigung aufgewendet, und dennoch reicht dies nicht aus, um in den Grenzgebieten die Zivilbevölkerung, die am meisten unter den Aktionen der Contras zu leiden hat, zu schützen. Bei der Lehrergewerkschaft ANDEN erfuhren wir, daß über 200 Lehrer Opfer von Contra-Anschlägen geworden sind oder im Kampf gefallen sind.

Wenn hier über den Krieg und den Militärdienst gesprochen wird, ist wenig Pathos anzutreffen. Da ist nicht vom Feld der Ehre die Rede oder ähnlichem, sondern von den Opfern, die der Krieg kostet, auch von der Angst der Soldaten, die in die Kämpfe geschickt werden, von den Tränen der Mütter dieser Soldaten, von den Verlusten an Menschen und Gütern. "Wir haben in Nicaragua einen Parasiten, und das ist der Krieg", sagte uns ein Beamter aus dem Erziehungsministerium.

Dies Land ist stark militarisiert. Der Anblick von Militär wie auch von bewaffneten Zivilisten im Straßenbild ist, zumal in den Grenzregionen, etwas ganz Normales - öffentliche Gebäude und Betriebe werden von bewaffneten Milizen bewacht, dennoch wird der Krieg nicht im geringsten heroisiert. Alle Nicaraguaner, die wir sprechen, haben immer wieder betont, wie wichtig der Frieden für ihr Land sei.

Erste Erfolge der Revolution

In der Tat wurden die wichtigsten Errungenschaften vor allem in den ersten Jahren nach der Revolution erreicht, bevor der militärische Druck von außen einsetzte. Bildung und Gesundheitsversorgung waren die beiden vorrangigen Ziele der Revolution. In einer groß angelegten Alphabetisierungs-

kampagne wurde die Analphabetenquote von 50 % auf 12 % gesenkt. Dazu muß man sich klarmachen, daß Alphabetisierung nicht nur bedeutet, den Menschen die Fähigkeit zum Schreiben und Lesen beizubringen. Verbunden ist damit auch eine Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung, die Fähigkeit, die eigene Umwelt besser zu verstehen. Die Alphabetisierung ist insofern sicherlich auch eine Voraussetzung für eine wirkliche Demokratisierung des Landes.

Nachdem diese Grundlagen in den ersten Jahren nach der Revolution gelegt worden sind und für die Kinder heute eine allgemeine sechsjährige Schulbildung gesichert ist, wird nun ein größeres Gewicht auf Fortbildungsprogramme im Rahmen der Erwachsenenbildung gelegt.

Der zweite Bereich, in dem nach der Revolution direkte und für die breite Bevölkerung spürbare Fortschritte erzielt wurden, ist der Bereich der Gesundheitsversorgung. Bis 1979 gab es sie praktisch nur in den Städten und hier auch nur für den Teil der Bevölkerung, der sich das finanziell leisten konnte. Für den größten Teil der Landbevölkerung war medizinische Hilfe entweder räumlich nicht erreichbar oder nicht bezahlbar. Durchfallerkrankungen waren bei Kleinkindern eine der häufigsten Todesursachen, weil auf dem Land einfach keine Medikamente verfügbar waren und zudem die hygienischen Verhältnisse katastrophal waren.

In San Miguelito, einem Dorf im Süden des Landes, erzählte uns eine deutsche Krankenschwester, daß eines der ersten Ziele der Hygiene-Erziehung darin bestanden habe, die Dorfbewohner dazu zu bringen, ihre Schweine außerhalb ihrer Wohnhütten zu halten. Denn mit den Schweinen kamen natürlich auch eine Unmenge von Ungeziefer und Krankheitserregern in die Hütten. Heute verfügt auch dieses Dorf über eine eigene Gesundheitsstation mit einer Apotheke.

Behinderungen und Mängelerfahrungen

Die wachsenden Lasten des Krieges wie auch die Auswirkungen des Wirtschaftsembargos der USA werden aber heute immer mehr zur Bremse einer weiteren sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Beschränkungen und Engpässe sind an vielen Stellen zu spüren. Dabei ist die nach meinem Eindruck härteste Konsequenz des Embargos gar nicht darin zu sehen, daß Nicaragua keine neuen Produkte aus den USA importieren kann. Diese kann es - soweit die Devisen vorhanden sind - auch in anderen Ländern kaufen. Weitaus negativer wirkt sich das Fehlen von Ersatzteilen aus, weil da-

durch häufig ganze Anlagen ausfallen. In einer Fischereikooperative im Norden des Landes waren zwei Drittel aller Boote nicht einsatzfähig, weil Ersatzteile für die defekten amerikanischen Außenbordmotoren fehlten. Die Busse in Nicaragua sind hoffnungslos überfüllt, nicht weil es überhaupt zu wenige gibt, sondern weil der Mangel an Ersatzteilen die Reparatur der defekten Busse erschwert und verzögert. Auch bei der Wasserversorgung gibt es Probleme. An zwei Tagen in der Woche wird in Managua das Wasser abgestellt.

Dennoch dürfte die Versorgungslage für den größten Teil der Bevölkerung heute deutlich besser sein als vor der Revolution. Viele Produkte des Grundbedarfs werden in den staatlichen Läden zu subventionierten Preisen verkauft. Dabei kommt es manchmal zu Versorgungsengpässen. Nach meiner Einschätzung ist die Berichterstattung darüber in der hiesigen Presse jedoch stark übertrieben. In den staatlichen Läden, die ich besucht habe, sah man zwar durchaus auch leere Stellen in den Regalen, das waren dann zumeist aber keine Lebensmittel, sondern Haushaltsgeräte, Plastikschüsseln und ähnliches. Und wenn diese Produkte wirklich zeitweise in den staatlichen Läden ausgegangen waren, so waren sie zumeist auf dunklen Kanälen auf die freien - d.h. nicht regulierten - Märkte gelangt. Dort waren sie dann zumindest erhältlich - wenn auch zu höheren Preisen.

Doch hierbei handelt es sich nach meiner Einschätzung um Ausnahmefälle. Im allgemeinen dürfte die Versorgung wesentlich verbessert und vor allem verbilligt worden sein. Den Händlern auf den Märkten dürfte diese Einrichtung allerdings ein Dorn im Auge sein. Bei Produkten, die über den Grundbedarf hinausgehen, herrscht allerdings doch sehr häufig Mangel.

In San Miguelito besuchten wir auch eine Lehrerbildungsstätte, in der Jugendliche, die ihre sechsjährige Grundschulzeit absolviert haben, sich zu Lehrern ausbilden lassen können. Die barrackenartigen Bauten erinnerten mehr an ein Lager als eine Internatsschule. Die Wohnräume waren spartanisch eingerichtet. Ein Raum für zwanzig bis dreissig Mädchen, ein weiterer Raum für ähnlich viele Jungen. Die Einrichtung der Räume beschränkte sich auf zweietagige Betten und einige wenige Spinde. Das Wasser muß mit dem Ochsenkarren aus dem Dorf geholt werden. Wer sich duschen will, muß eine halbe Stunde zu Fuß in das öffentliche Badehaus des Dorfes gehen. Dazu muß er morgens um 4 Uhr aufstehen, damit noch Zeit zum Frühstück bleibt, denn um 7 Uhr beginnt der Unterricht.

Das Leben in dieser internatsartigen Ausbildungsstätte ist mit Entbehrungen verbunden, die wir Deutschen der Nachkriegsgeneration uns kaum noch vorstellen können. Dazu gibt es hier nur wenige Schulbücher. Und auch die Ausstattung mit Schulheften und Schreibmaterial ist äußerst knapp. Diese sehr vordergründig materiellen Defizite sind hier die eigentlichen "bildungspolitischen" Probleme.

Ausländische Hilfe

Gerade hier ist aber auch ein wesentlicher Ansatzpunkt für ausländische Hilfe, die Nicaragua heute angesichts des amerikanischen Wirtschaftsembargos und der zunehmenden militärischen Bedrohung mehr denn je braucht. Und auch die Bundesregierung, die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Apartheid-Regime in Südafrika nicht einschränken mag, "weil das vor allem die schwarze Bevölkerung träfe", hat gegenüber Nicaragua weniger Skrupel und hat die gesamte deutsche Entwicklungshilfe vorerst gestoppt. Hier ist sicherlich ein Ansatzpunkt für private Initiativen, um eine Kompensation zu schaffen zu der reaktionären Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung. Es gibt hier auch bereits eine große Zahl von Projekten von Kommunen, Gewerkschaften und verschiedenen Organisationen. Dort wird z.T. mit geringem finanziellem Aufwand und mit großem persönlichen Einsatz eine sehr effiziente an der Basis ansetzende Entwicklungsarbeit geleistet.

So leistet beispielsweise medico international Hilfe beim Aufbau von Gesundheitsstationen auf dem Land. Von verschiedenen Gewerkschaften wurden Lehrlingswerkstätten aufgebaut und betreut. Wir besuchten in der am wenigsten entwickelten Südprovinz San Juan ein Sägewerk, das von Mitgliedern der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Zusammenarbeit mit medico international errichtet wurde. Dies Sägewerk liefert heute fertige Bauteile für den Bau von Gesundheitsstationen, Schulen u.a. und hat damit für die weitere Entwicklung des Südens eine wesentliche Bedeutung.

All diesen Projekten gemeinsam ist, daß sie sehr direkt an den Bedürfnissen der Bevölkerung ansetzen. Der sehr große persönliche Einsatz, der in vielen Projekten gegeben ist, fördert gleichzeitig den Aufbau auch informeller, nichtstaatlicher Beziehungen zwischen Nicaragua und der Bundesrepublik. Die darin zum Ausdruck kommende politische Unterstützung Nicaraguas ist mindestens genauso wichtig wie die ökonomische Hilfe.

Um angesichts der ständigen Überfälle der Contras und der dauernden Drohung einer militärischen Intervention durch die USA den Aufbau des Landes weiter fortzusetzen, dazu bedarf es eines sehr großen Durchhaltewillens. Und wenn es zu dieser Intervention bisher noch nicht gekommen ist, so liegt das sicherlich auch an der politischen Unterstützung, die Nicaragua aus vielen Ländern erfährt und auch an der Anwesenheit der vielen ausländischen Helfer, der "internacionalistas", wie sie dort genannt werden. Anders als im Fall Grenada würde eine amerikanische Intervention in Nicaragua in großer Zahl auch die Bürger anderer Staaten zu Betroffenen machen.

Jede politische Unterstützung wird in Nicaragua mit großer Aufmerksamkeit und Dankbarkeit zur Kenntnis genommen. Sie stärkt das Gefühl, nicht allein dazustehen im Kampf gegen die Destabilisierungskampagne der größten Militärmacht der Erde. Der weitere Ausbau dieser Unterstützung ist heute wichtiger denn je.

Siegfried Katterle

Zukunft der Arbeit - Zukunft der Wirtschaftsordnung

Thesen für die Diskussion in der Werkstatt 5 "Zukunft der Arbeit" auf dem 21. Evangelischen Kirchentag am 8.6.1985 in Düsseldorf

1. Nachdem die Massenarbeitslosigkeit seit 10 Jahren anhält, weist die Arbeitsmarktstatistik in diesen Monaten den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik auf. Die längerfristigen Aussichten sind bedrückend. Führende Prognoseinstitute, so das Basler Prognos-Institut, erwarten auf der Grundlage der praktizierten Wirtschaftspolitik steigende Arbeitslosenzahlen bis weit in die 90er Jahre hinein - " allen Ankündigungen der Politiker zum Trotz" (FR, 20.2.85).

   Führende Teile der Regierungsparteien scheinen sich auf eine solche Zukunft der Arbeit in unserer Wirtschaftsordnung einzustellen und revidieren ihre bisherigen Ankündigungen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sagt durchaus richtig: Selbst wenn die optimistischen Wachstumserwartungen der Bundesregierung einträten, gäbe es keinen Abbau der Arbeitslosigkeit, vielmehr werde "uns die gegenwärtige Höhe der Arbeitslosenzahlen noch eine ganze Weile begleiten"; deshalb müsse der Bevölkerung klar gemacht werden, "daß sie mit struktureller Arbeitslosigkeit leben muß" (FR, 15.5.85).

2. Bestürzend hoch ist der Anteil junger Menschen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Ein Viertel der registrierten Arbeitslosen, etwa 600.000 Menschen, sind unter 25 Jahre alt. Man kann sich keine sozial schädlichere Form vorstellen, wie man junge Menschen auf ihr Leben in der Gesellschaft vorbereitet, als indem man sie mit Jahren der Arbeitslosigkeit oder bloß kurzfristiger und perspektivloser Beschäftigung konfrontiert. Es ist absehbar, daß sich die Arbeitslosigkeit in immer stärkerem Maß auf junge Menschen verlagern wird. Für meine Generation ergibt sich daraus die Frage, was die Eltern unternehmen wollen, um für ihre Kinder das *Recht auf Arbeit* und Einkommen durchzusetzen und die dramatische Gefahr einer tiefgreifenden Spaltung und Entsolidarisierung der Gesellschaft abzuwenden.

3. Die Hoffnung, die Massenarbeitslosigkeit könne durch ein von den privaten Investitionsentscheidungen getragenes dynamisches Wirtschaftswachstum abgebaut werden, wie es die Bundesregierungen seit 1980 mit ihrer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik anregen wollen, ist also trügerisch. Die nostalgische Orientierung an Wachstumsraten, die in den 50er und 60er Jahren erreicht wurden und Erleben und Erwartungen einer Generation nachhaltig geprägt haben, ist vollends illusionär. Überdies werden wir und unsere Kinder noch lange an der ökologischen Erblast dieser Nachkiregsprosperität tragen.

   Die anhaltende Beschäftigungskrise ist Ausdruck einer relativen Stagnation der Wirtschaft aller westlichen Industrieläder, gekennzeichnet durch Wachstumsschwäche, labile Konjunkturen und tendenzielle Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Die Gegenwart ist vergleichbar der Situation der westeuropäischen Industrieländer in den 20er Jahren, die - entgegen dem Klischee von den "goldenen Zwanzigern" - durch hohe Arbeitslosigkeit und Mangel an Ausbildungsplätzen gekennzeichnet waren.

   Massenarbeitslosigkeit ist eine in westlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnungen typische *Verletzung von Menschenrechten*. Arbeitslosigkeit und die weit verbreitete Angst um den Arbeitsplatz hindern das Recht der Betroffenen auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, sie erhöhen den Konkurrenzdruck der Arbeitenden untereinander und entsolidarisieren die Belegschaften in den Betrieben.

4. Damit allen Bevölkerungsgruppen und insbesondere den nachwachsenden Geburtsjahrgängen der Zugang zu relativ sicheren Arbeitsplätzen eröffnet werden kann, muß
- zum ersten -
die Arbeitszeit weiter verkürzt werden. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit kam in der Mitte der 70er Jahre nahezu zum Stillstand, als die 40-Stunden-Woche im wesentlichen erreicht war und als diese 40-Stunden-Woche von den Arbeitgeberverbänden zum tarifpolitischen Tabu erklärt wurde. In einem langen und heftigen Arbeitskampf haben die Gewerkschaften 1984 dieses Tabu gebrochen. Allerdings kann das Ergebnis noch nicht als arbeitszeitpolitischer Durchbruch gewertet werden. Deshalb müssen die Arbeitslosen und muß die Öffentlichkeit von den Gewerkschaften die *Fortsetzung des Kampfes um Arbeitszeit* in den kommenden Tarifrunden fordern. Es geht um Umsetzung des Produktivitätsfortschritts in Arbeitszeitverkürzung bei Verzicht auf Reallohnsteigerung zur Verwirklichung der Solidarität von Arbeitenden und Arbeitslosen.

Langfristiges Beschäftigungsprogramm

5. Damit allen Bevölkerungsgruppen und insbesondere den nachwachsenden Geburtsjahrgängen der Zugang zu relativ sicheren Arbeitsplätzen eröffnet werden kann, müssen
- zum zweiten -
Bundesregierung und Bundesbank durch den Druck der öffentlichen Meinung dazu gebracht werden, ihre beschäftigungspolitische Verantwortung wahrzunehmen. Wir benötigen ein von Bund und Ländern finanziertes *langfristig geplantes Beschäftigungsprogramm*, das von der Bundesbank geldpolitisch unterstützt werden muß. Eine solche aktive Beschäftigungspolitik hat die sozial-liberale Bundesregierung seinerzeit mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm versucht; mit diesem Programm wurden damals deutliche Beschäftigungserfolge erreicht, obwohl es nicht hinreichend langfristig angelegt war und obwohl es von der Bundesbank nicht geldpolitisch unterstützt wurde. Nach 1980 haben die Bundesregierungen mit ihrer Wende zur wirtschaftsliberalen Angebotspolitik - entgegen dem Sozialstaatsauftrag unserer Verfassung - ihre Verantwortung für das Ziel der Vollbeschäftigung mehr und mehr aufgegeben und ein schnelles Ansteigen der Massenarbeitslosigkeit hingenommen; gleichzeitig wurden durch das Haushaltsstrukturgesetz 1981 und die Haushaltsbegleitgesetze 1982 und 1983 die sozialen Sicherungen insbesondere für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger abgebaut.

Dagegen haben Länder wie Österreich und Schweden durch langfristig angelegte beschäftigungspolitische Strategien die weltweiten ökonomischen Probleme in weit geringerem Maß in Massenarbeitslosigkeit umgesetzt und ihre Arbeitslosigkeit deutlich unter dem Durchschnitt der westeuropäischen Länder gehalten; diese Länder haben ihren sozialstaatlichen Charakter und damit eine wesentliche moralische Qualität ihres Gemeinwesens bewahrt.

Das geforderte langfristige Beschäftigungsprogramm muß *strukturpolitisch gezielt angelegt* sein und die *Umsteuerung der Produktionsstruktur* unserer Volkswirtschaft auf einen *ökologisch und sozial verträglichen Wachstumspfad* ("qualitatives Wachstum") fördern. Es muß also vor allem öffentliche Investitionen und Investitionshilfen für private Investoren zum *Abbau von Umweltbelastungen* und zur *Einsparung von Energie und Erschließung alternativer Energieträger* umfassen. Hierzu gehören beispielsweise die Sanierung von Mülldeponien (u.a. Klärung der Sickerwässer), die Einführung umweltfreundlicher Müllentsorgungstechniken (z.B. Pyrolyse-Verfahren), der Bau dezentraler Blockheizkraftwerke zur Kraft-Wärme-Kopplung, die Einführung umweltfreundlicher Verbrennungstechnologien (Wirbelschichtfeuerung), die Wärmedämmung von Altbauten, der Bau von Radwegenetzen. In vielen Betrieben haben *gewerkschaftliche Basisgruppen in Arbeitskreisen Alternative Fertigung* technologisch neue Produkte und Komponenten entwickelt, die in solchen Programmen umgesetzt werden könnten; für die Umsetzung und Diffusion sind aber politische Entscheidungen auf Bundes- und Länderebene nötig.

Hinzukommen müssen Ausgaben zur *Ausweitung sozialer Dienste*, an denen ein gesellschaftlich weithin anerkannter Bedarf besteht. Dieser dringende öffentliche Bedarf reicht von Humandiensten im pädagogischen, pflegerischen und sozialmedizinischen Bereich über wohnungspolitische Initiativen bis zu personalintensiven Aufgaben im Naturschutz. Ein gezielter Ausbau solcher sozialer Dienstleistungen läßt sich verbinden mit der *Förderung genossenschaftlicher Selbsthilfeunternehmen*, in denen Gruppen von Betroffenen selbst zum Projektträger werden, die ihre Projekte in kollektiver Selbstbestimmung planen und durchführen und dadurch staatliches Handeln entlasten.

Einen für breite gesellschaftliche Kräfte konsensfähigen Entwurf eines Beschäftigungsprogramms zur Förderung qua-

litativen Wachstums als sozialstaatliche Politikalternative zu der von der Bundesregierung verfolgten wirtschaftsliberalen Angebotspolitik bieten meines Erachtens die nach wie vor bedeutsamen "Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" des DGB von 1977 und ihre aktuelle Fortschreibung zu einem Programm für "Umweltschutz und qualitatives Wachstum" (1985).

6. Ein strukturpolitisch gezieltes Beschäftigungsprogramm könnte wichtige Weichen stellen, um die problematische *Exportorientierung unserer Industrie abzubauen.* Man vergegenwärtige sich, daß die Exporte der Bundesrepublik pro Kopf der Bevölkerung mehr als doppelt so hoch sind wie die japanischen Exporte und dreimal so hoch wie die Exporte der USA. Diese übermächtige internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik äußert sich in chronischen Leistungsbilanzüberschüssen, also einer anhaltenden Verletzung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik sind eine Quelle sich verschärfender weltwirtschaftlicher Spannungen, die sich in Überschuldungen und protektionistischen Reaktionen wichtiger Abnehmerländer äußern. Eine strukturpolitisch gezielte Nachfragestrategie sollte also auch darauf ausgerichtet werden, unseren im internationalen Vergleich überdimensionierten Industriesektor und dessen problematisch hohe Exportorientierung durch Erschließung binnenwirtschaftlicher Bedarfsfelder umzustrukturieren.

Finanzierungsmöglichkeiten über Steuern

7. Natürlich kann der Staat seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung, die wir von ihm einfordern müssen, nur nachkommen, wenn er die Staatsbürger nach dem Maß ihrer Leistungsfähigkeit über *Steuern* zur Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme heranzieht. Die von der Bundesregierung geplante Einkommenssteuerreform, die - auf der Linie angebotsorientierter Wirtschaftspolitik - vorzüglich die Hochverdienenden entlasten und die (Netto-)Einkommensdifferenzierung ausweiten will, muß unter diesem Gesichtspunkt verworfen werden. Ebensowenig wie die schon stattgehabten steuerlichen Entlastungen der Unternehmen und der hohen Einkommen wird diese Steuerreform eine von privaten Investitionen getragene Wachstumsdynamik ingangsetzen, die zusätzliche Arbeitsplätze schafft; sie wird vielmehr zu einem weiteren Anwachsen nicht produktiv genutzter Geldvermögensbildung im In- und Ausland führen. Sie trägt also nicht dazu

bei, Nachfrage und Einkommen in Felder unterversorgten öffentlichen Bedarfs zu lenken.

Überdies müssen die Bürger ihrem Staat unbefangen zugestehen, daß er sich für die Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms auch dauerhaft *verschuldet*, wenn dieses Programm dringende öffentliche Bedürfnisse befriedigt und drohenden Verschlechterungen unserer Lebenslage begegnet. Durch Besteuerung und öffentliche Verschuldung können nicht produktiv genutzte private Geldvermögen für die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen zur Erschließung zukunftsorientierter Bedarfsfelder mobilisiert werden.

8. Die Gesamtheit der *neuen Technologien*, die auf der Anwendung der *Mikroelektronik* beruhen, stellen sowohl nach der Breite der ausgelösten Rationalisierungsschübe wie nach der Tiefe der von ihnen bewirkten Umwälzungen eine neue "industrielle Revolution" dar. Die Einführung dieser Technologien auf breiter Front - in der industriellen Produktion, in den Verwaltungen von Industrie und Staat, in den privaten Dienstleistungsbranchen - wird dazu führen, daß sich die Schere zwischen Anstieg der Arbeitsproduktivität und Wachstum der Produktion weiterhin öffnet, so daß technologische Arbeitslosigkeit zu einer langfristigen Bedrohung der vor uns liegenden Zeit wird.

Diese Revolutionierung einer immer noch wachsenden Zahl von Produktionsprozessen, Arbeitsabläufen und Berufen zeigt, wie Ergebnisse langfristiger öffentlich subventionierter Forschung und Entwicklung privatwirtschaftlich genutzt werden. Während das Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsrisiko und noch der Prozeß der Diffusion *zunehmend sozialisiert* werden, erfolgt die Nutzung der Ergebnisse nach *privatwirtschaftlichen Rationalitätskriterien* durch privatautonome Unternehmensentscheidungen. Die dabei entstehenden sozialen Kosten in Form von Arbeitslosigkeit, Entwertung von Arbeitsqualifikationen und Dehumanisierung von Arbeitsabläufen werden auf die Betroffenen und auf die Gesellschaft insgesamt abgewälzt.

Systemverändernde Reformen

9. Dieser Widerspruch kann nur durch systemverändernde Reformen überwunden werden. Damit die betrieblichen Nutzungsbedingungen der Arbeitskraft von den Betroffenen wirksam mitbestimmt und der technische Fortschritt, das

Wachstum und der Strukturwandel der Wirtschaft in gesellschaftlich gewünschte zukunftsorientierte Bedarfsfelder gelenkt werden können, brauchen wir *Reformen der Unternehmensverfassung* und *Reformen der Wirtschaftsordnung* in Richtung auf das Leitbild einer *Wirtschaftsdemokratie*.

Damit in den Unternehmen der geltende Vorrang privater Kapitalverwertungsinteressen gegenüber der Arbeit gebrochen wird, ist die tarifvertraglich gestützte *paritätische Mitbestimmung* der Arbeitnehmer bei der Lenkung der betrieblichen Produktionsprozesse, der Bestimmung der Arbeitsorganisation und der betrieblichen Personalplanung erforderlich. Die Arbeitnehmer müssen sich die Macht erkämpfen, dehumanisierende Formen moderner Technologie - etwa Personalinformationssysteme mit ihren perfekten Überwachungs- und Reglementierungsmöglichkeiten - abzuwehren.

Damit Wachstum und Strukturwandel der Wirtschaft von der Vorrangigkeit kapitalistischer Gewinnorientierung gelöst und auf gesellschaftlich vereinbarte Entwicklungs- und Beschäftigungsziele ausgerichtet werden können, muß unsere marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung durch ein *wirtschaftsdemokratisches Lenkungssystem* zu einem partizipatorischen Plan-Markt-Modell ergänzt werden. In *Wirtschafts- und Sozialräten* auf regionaler und gesamtwirtschaftlicher Ebene sollten staatliche Stellen, Industrieverbände, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschutzverbände an der gesellschaftlichen Planung gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsziele und an industriepolitischen Entscheidungen mitwirken.

Das Erfordernis einer solchen Investitionslenkung läßt sich am Beispiel der Energiepolitik verdeutlichen: Die heftigen gesellschaftlichen Konflikte um die Kernkraftwerke oder um das Kohlekraftwerk Buschhaus haben auch die Gewerkschaften nachhaltig erschüttert, weil es ihnen nicht gelang, den von ihnen schon frühzeitig in ihrem Umweltprogramm (1974) formulierten langfristigen und verallgemeinerbaren Interessen der Arbeitnehmer an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen gegenüber partiellen und engstirnigen Arbeitsplatzinteressen betroffener Belegschaften Geltung zu verschaffen. Diese Konflikte haben gezeigt, daß *Investitionsentscheidungen, die unsere gesellschaftliche Infrastruktur langfristig festlegen*, nicht mehr als privatwirtschaftliche Entscheidungen aufgrund der begrenzten Kosten- und Ertragskriterien des Marktes hingenommen werden, sondern einem demokratischen

Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß mit dem Ziel einer umfassenden *Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung* unterworfen werden müssen.

Es zeigt eine bedenkliche Umwertung unserer Demokratie, wenn Bürgerbewegungen, die den Protest gegen kurzsichtige privatwirtschaftliche Investitionsentscheidungen organisiert und konfliktfähig gemacht haben, von Politikern und Parteien als Druck der Straße verunglimpft wurden. Dieser Protest ist Ausdruck von Interessen, die auf einen *ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft* drängen. Sie müssen deshalb in die Sozialisierung von Investitionsentscheidungen einbezogen werden, damit die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft von privatwirtschaftlicher Gewinnorientierung gelöst und auf einen qualitativen Entwicklungspfad umgesteuert wird, der gemeinwirtschaftlichen Prinzipien folgt.

Ulrike Baur/ Herbert Sorgius

Bruderhöfe in Deutschland

Teil III (Schluß)

In CuS 3/84 und 1/85 haben wir Auszüge aus einem Feature des Süddeutschen Rundfunks zur Bruderhofbewegung veröffentlicht. Im dritten und letzten Teil bringen wir vor allem jene Passagen, in denen Herbert Sorgius, Mitglied des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, zu Wort kommt.

Die Redaktion

Herbert Sorgius erklärt rückblickend die Motive für seinen Eintritt in den Rhönbruderhof im Jahre 1932: "Es war mir klar: Wenn man Christus nachfolgen will, muß ich das im Alltag zum Ausdruck bringen. Wie ich dann auf den Bruderhof kam und diese Erwartung erlebte, daß Christus wirklich jetzt zu uns kommen will, das hat mich so erfaßt, daß ich mir sagte: Mensch, das ist, was du gesucht hast! Du hast mit einzelnen Freunden gefragt, sollte nicht irgendetwas wie so ein evangelisches Kloster sein? Irgendeine Form, wo man ganz für Christus leben kann. Und da begegnete es mir. Es war sehr einfach, sehr armselig, aber es war immer wieder klar: es ist freiwillige Armut, weil eben Kinder aufgenommen worden waren - das war für mich klar: gut, da kannst du was tun, das hat einen Sinn. Und wenn wir alle miteinander Du sind und Geschwister - was Schöneres gibt´s nicht."

In einer Fachzeitung hat Herbert Sorgius gelesen, daß auf dem Bruderhof ein Buchbinder gesucht wird. Neben der Holzwerkstatt soll als zweiter Handwerksbetrieb eine kleine Druckerei aufgebaut werden. Von dem Ersparten, das er mitbringt, muß er sich seinen Arbeitsplatz selbst einrichten.

"Wir hatten eine Schnellpresse und eine Handpresse und einen kleinen Raum mit Schriftsetzerei, Handsetzen natürlich - das war mein Arbeitsplatz. Mein Werkzeug, was ich gebracht habe, war alles, was da war. Und dann, als ich mein Geld abrief von zu Hause, da durfte ich dann eine alte Schneidemaschine kaufen. Und dann durfte ich nach Frankfurt fahren und in einem alten Betrieb was zusammensuchen. Dann, nach drei, vier Monaten, kam eben die große Grippe-Epidemie, wo ich dann gebeten wurde, in Küche und Waschküche mitzuhelfen. In der Küche blieb ich dann ziemlich lange - ein Jahr, anderthalb -, denn niemand hatte sich darum gerissen, was viele Männer immer noch als entwürdigend ansahen, Frauenarbeit zu tun. Und ich war´s von zu Hause gewohnt. Meine Mutter war oft krank. Mir hat das nichts ausgemacht. Und dann habe ich teilweise im Kuhstall gearbeitet. Büro durften nur Leute machen, die Ausbildung hatten, und wenn sie mal irgendwas ausgefressen hatten, dann wurden sie auch manchmal zur Besinnung in ein anderes Arbeitsgebiet geschickt, wie Landwirtschaft oder irgend so, wo sie mal reinbeißen mußten."

Auf dem Bruderhof ist das Zusammenleben inzwischen strengen Regeln unterworfen. Durch die Einführung von Ämtern nach hutterischem Vorbild entstand eine Hierarchie. Es gibt nun "Diener am Wort", "Zeugnisbrüder" und "Hausmutter". Der Moralkodex ist strenger als je zuvor. Unverheiratete Männer und Frauen sitzen beim Essen an getrennten Tischen. Selbst ein harmloser Flirt kann den sogenannten "kleinen Ausschluß", eine vorübergehende Isolierung von der Gemeinde, zur Folge haben, zumindest aber eine Besinnungszeit, bis die "Sünde" gestanden und öffentlich bereut wird.

Oberstes Gebot auf dem Rhönbruderhof ist die Einmütigkeit aller Beschlüsse, was Neue, wie Herbert Sorgius, oft als psychischen Druck empfinden. "Mir wäre ein Mehrheitsbeschluß manchmal lieber gewesen, aber so wurde der Einheitsbeschluß als ein Hereinbrechen des Geistes, des Heiligen Geistes, angesehen. Und später war es dann auch so, wenn einer nicht gleich einverstanden war, dann wurde es als ein Angriff auf den Geist der Gemeinde bezeichnet. Es gab viele Besinnungszeiten. Und manchmal waren die Besinnungszeiten grausamer als der sogenannte "Große Ausschluß". Besinnungszeiten heißt: man war offiziell noch Mitglied, aber man war eine zeitlang nicht bei der Bruderschaft. Zum Teil wurde einem

geraten, nicht zu den gemeinsamen Mahlzeiten zu kommen, zu den Versammlungen schon gar nicht. Von vielen wurde man nicht mehr gegrüßt; es war also ein völlig schwerer Einschnitt. Diese Ausschlüsse konnten viele Monate dauern. Und das hat mir persönlich lange wehgetan, weil ich mir sagte: Darf man in einer christlichen Gemeinde ein Exempel statuieren?"

Für neu Hinzugekommene ist auf dem Rhönbruderhof ein Noviziat eingeführt worden, das von Person zu Person unterschiedlich lang dauert. Mit der Taufe in einer Waldquelle wird die Aufnahme in die Bruderschaft nach dem Ritus der alten Täufergemeinschaften feierlich vollzogen. Der Getaufte verpflichtet sich nicht nur, seinen jetzigen Besitz der Gemeinschaft zu übereignen, sondern auch alles, was er jemals besitzen wird. "Es gab keinen Anspruch auf Privatbesitz. Selbst die Kleider, die man trug, waren Eigentum der Gemeinde, auch wenn man sie natürlich meistens wieder zurückkriegte. Bilder durften ja nicht aufgehängt werden. An die Familien wurden Rationen ausgeteilt, und dann die Ledigen-Gruppen, die bekamen neben den Mahlzeiten eben das, was sie brauchten, von dem, was da war. Mein Vater hat mir zum beispiel auch ein paar Bibeln geschickt, die wurden zum Teil weggenommen und anderen, die noch keine hatten, geschenkt. Und wo etwas drin war im Paket, wurde meistens bei der Hausmutter aufgemacht oder im Büro."

Herbert Sorgius bleibt auf dem Rhönhof - trotz vieler Zweifel, die ihn und andere zu plagen beginnen. Es ist ein einschneidendes äußeres Ereignis, das die Gemeinschaft um Eberhard Arnold wieder fester zusammenschweißt: die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933.

...

Der Rhönbruderhof wird im April 1937 beschlagnahmt und aufgelöst. Grundlage ist ein Gesetz zur Abwehr kommunistischer staatsfeindlicher Umtriebe. Die noch dort verbliebenen Bruderhöfler werden als Mitglieder einer "pazifistischen und internationalen Gemeinschaft" zu unerwünschten Personen erklärt und müssen Deutschland innerhalb von 24 Stunden verlassen.

Diskussion

Das Ende des Bruderhofes (1937)

In CuS 3/84 wurde als erster Diskussionsbeitrag eine Korrektur meiner "Idealisierungen" bei der Beschreibung der Auflösung des Rhönbruderhofes (CuS 4/83) veröffentlicht. Horst

Gerlach folgt im wesentlichen der Argumentation von M. Horsch (Anm.6), der behauptete, daß "nicht wegen der religiösen Einstellung der Bruderhöfer, sondern aus wirtschaftlichen und praktischen Gründen die deutsche Regierung das ´gemeinschaftliche Leben´ und die Gütergemeinschaft auf dem Rhönbruderhof aufgelöst und das vorhandene Vermögen des eingetragenen Vereins beschlagnahmt habe - das Privateigentum (HM: das es auf dem Bruderhof gar nicht gab) der Familien und Einzelpersonen (Möbel-, Haus- und Küchengerätschaften) wurde nicht berührt".

Es muß auffallen, daß alle negativen Feststellungen dieser Art erst *nach* der Auflösung des Bruderhofes aufkamen. Diese erfolgte durch die Gestapo mit dem Aufwand von über 50 bewaffneten Uniformierten (gegen 40 wehrlose Erwachsene und Kinder) mit der *alleinigen* Begründung der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat" gegen kommunistische Gewaltakte (nach dem berüchtigten Reichstagsbrand). Noch ein paar Tage vorher erklärte der Landrat Burckhardt in Fulda, den wir mit den zwei durch Gottes Fügung gerade anwesenden Hutterischen Brüdern aus Amerika besuchten, daß gegen den Bruderhof *nichts* vorliege außer ihrer Militärdienstverweigerung, die auf Dauer nicht geduldet werden könne. Es wäre ihm und der Gestapo dann ein leichtes gewesen, gerade diesen zwei Besuchern von Amerika klar zu machen, daß die ´schlechte Wirtschaft und die falsche Darlehensverwendung´ Anlaß für die Auflösung des Rhönbruderhofes´ waren, wie jetzt behauptet wird. Dazu gehört, daß während all der vier Jahre in keiner einzigen Begegnung und Auseinandersetzung mit der Regierung, der Gestapo oder den Gerichten, bei keiner der drei großen Haussuchungen oder kleineren "Besuche" uns je mit der obigen Begründung die Auflösung angedroht wurde. Es waren *immer nur* Anklagen wegen unserer Glaubenshaltung, wie uns der Bürgermeister von Veitsteinbach im Auftrag der Gestapo bestätigte (CuS 2/83, S.33): Wir seien christliche Kommunisten, also doch Kommunisten (was uns heute wieder bekannt tönt); wir hätten eine Weltanschauung, die im vollkommenen Gegensatz zum nationalsozialistischen Staat stehe und würden trotz Verbot noch für sie werben; wir würden die nationalsozialistischen Grundgesetze über Blut und Rasse nicht anerkennen; wir lehnten für unsere Mitglieder jeglichen Wehrdienst ab usw. Dem Vorstand des e.V. und der versammelten Gemeinschaft wurde am Tag der Auflösung über diese Begründung hinaus nicht ein einziges Wort der Anklage wegen ´schlechter Wirtschaft´ laut. Aus dem Tagebuch von David Hofer, einem der hutterischen Brüder, die anwesend waren, geht hervor, daß die Gestapo über die Anwesenheit der beiden Amerikaner überrascht war, aber im Gespräch mit ihnen nur Glaubens- und keine wirtschaftlichen Gesichtspunkte aufbrachte (nachzulesen in: Emmy Arnold, Gegen den Strom, S.182ff).

Durch die Anwesenheit der beiden Besucher mußte die Gestapo befürchten, daß sie nach ihrer Heimkehr im Ausland "Greuelpropaganda" machen könnten, was der Regierung damals gar nicht in ihre Pläne paßte. Deswegen brauchten sie einen "Kniff", den sie damals auch in anderen Fällen anwandten: Sie machten aus dem Gesinnungstäter einen gemeinen Kriminellen, der in betrügerischer Weise die Bilanz "frisiert" hat, um seine wirtschaftliche Lage besser darzustellen, als sie tatsächlich war. Das würde auch den anständigen Nordamerikanern einleuchten und auch manchen einheimischen Freunden des Bruderhofes. Selbst das Landgericht in Fulda hat aber bis zum 27. April 1937, wahrscheinlich wegen fehlender Beweise, auf einen derartigen Anklagepunkt verzichtet, bis die Gestapo auf ihre Weise einen Gläubiger davon "überzeugen" konnte, eine Erklärung zu unterschreiben, daß er sich von uns betrogen fühle. Erst dann wurde die politische Schutzhaft in richterliche Untersuchungshaft umgewandelt (CuS 4/83, S.35). Während drei Monaten wurde unser Fall vom Kriminalgericht unter der Oberaufsicht der Gestapo untersucht, ohne etwas zu finden. In dieser Zeit wurde uns Inhaftierten nicht von der Polizei, sondern von den Gestapobeamten gedroht, daß wir im Falle einer richterlichen Haftbefreiung *als Staatsfeinde* ins KZ gebracht würden. Was dann geschah, berichtete ich in CuS 4/83.

In jenen Tagen der Auflösung des Rhönbruderhofes geschah nun etwas, was unsere mennonitischen Freunde (und jetzt mit ihnen Horst Gerlach) in diese ganze Geschichte hineinzog. In einer Versammlung des Internationalen Mennonitischen Friedenskomitees, die im Anschluß an die Mennonitische Weltkonferenz in Amsterdam 1936 stattfand, an welcher auch zwei von unseren Mitgliedern teilnahmen, wurde ein "Friedensbekenntnis der Mennoniten" beschlossen. Darin kam zum Ausdruck, daß "wir all unseren Brüdern, die die Überzeugung in sich tragen, daß Gott sie berufen hat, den Militärdienst zu verweigern, oder die genötigt sein sollten, wegen ihrer Friedensgesinnung zu leiden, geistige und materielle Hilfe leisten wollen". Nordamerikanische Mennoniten, die daran teilgenommen hatten, beauftragten daraufhin das mennonitische "Hilfswerk Christenpflicht" in Deutschland, Vertreter auf die Bruderhöfe in Deutschland und Liechtenstein zu senden, um herauszufinden, welche Hilfe sie bräuchten. Auf ihren Bericht nach Nordamerika hin erhielten sie auch eine Geldhilfe, die einer von ihnen, Michael Horsch, ausgerech-

net am Tage *nach* der Auflösung auf den Rhönbruderhof bringen wollte, was er vorher nicht ahnen konnte. Da ich bei seiner Ankunft bereits in Schutzhaft war, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen, was dann geschah. Einige erinnern sich noch, daß er die Polizisten, die noch auf dem Hof waren, mit dem Hitlergruß begrüßte, was wir nie taten, weil wir deutlich zum Ausdruck bringen wollten, daß wir das Heil nicht von Hitler, sondern von Jesus erwarteten. Ein paar Wochen später besuchte uns Michael Horsch in Begleitung eines Gestapo-Beamten im Gefängnis und tat sein Möglichstes, uns zu überzeugen, daß die Anklage der Gestapo zu Recht bestehe. Da wir dagegen protestieren mußten, verlief diese Aussprache unbefriedigend. Ich kann mir nur vorstellen, daß ihn die Gestapo bei seinem Auftauchen auf dem Bruderhof gefragt hatte, was er mit uns zu tun habe und ob er einer der unseren sei. Darauf konnte M. Horsch wahrheitsgemäß antworten, daß er kein Bruderhöfer sei, wobei er ebenso wahrheitsgemäß hinzufügen konnte, daß ein gewichtiger Unterschied zwischen den Hutterern und den deutschen Mennoniten darin bestehe, daß die letzteren, denen er angehörte, das Prinzip der Wehrlosigkeit aufgegeben hätten (siehe auch: Diether Götz Lichdi, Mennoniten im Dritten Reich, S.123). In jenen Tagen kam dann noch hinzu, daß je eine schweizerische und holländische Zeitung die Nachricht brachte, die Mennoniten seien aus Deutschland ausgewiesen worden. Dagegen protestierte in einer öffentlichen Erklärung die "Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden": "Es sind keine Mennoniten aus Deutschland ausgewiesen worden. Die Mennoniten erfreuen sich des Schutzes des Deutschen Reiches und können ungehindert ihres Glaubens leben. Unabhängig von dem Deutschen Mennonitentum, aber in bewußter geschichtlicher Anknüpfung an die Hutterischen Taufgesinnten ist ... im Kreise Fulda ... ein Bruderhof entstanden ... Wir schätzen die Bruderhöfer um ihrer aufrichtigen, echt christlichen Gesinnung willen hoch, teilen aber nicht ihre Ablehnung des Wehrdienstes, auch nicht die ihnen eigentümliche Einrichtung des ´gemeinsamen Lebens´." Über diese Erklärung entstand zwischen holländischen und deutschen Mennoniten (aber nicht zwischen uns und den letzteren) eine ziemlich bittere Auseinandersetzung, in welcher den deutschen Mennoniten vorgeworfen wurde, daß sie sich in einer Stunde der Not vom Bruderhof distanzierten, wo er gerade um seiner täuferischen Haltung willen innere und praktische Unterstützung gebraucht hätte. Hans-Jürgen Goertz, ein mennonitischer Historiker, hat in seinem Beitrag "Nationale Erhebung und religiöser Niedergang" in dem von ihm herausgegebenen Buch "Umstrittenes Täufertum 1525 - 1975, Neue Forschungen" diese Situation folgendermaßen beschrieben: "Die Bruderhöfer haben sich als

Nachfahren der Täufer verstanden und eine Reihe täuferischer Grundsätze aktualisiert. Dadurch aber sind sie mit den staatlichen Behörden in Konflikt geraten. Sie können als täuferisches Kontrastmodell für die Mennoniten angesehen werden, ´nach der theologischen Zensurenskala sehr bedenklich, noch mehr politisch anstößig, beides fiel und fällt meist zusammen´."

In dieser Korrespondenz zwischen holländischen und deutschen Mennoniten, die dann von Michael Horsch veröffentlicht wurde (Anm.6 im Beitrag von Horst Gerlach in CuS 3/84), tauchte parallel mit der ähnlichen Anschuldigung der Gestapo zum ersten Mal der Vorwurf auf, daß "der Rhönbruderhof, vorwiegend von der materiellen, geschäftlichen und wirtschaftlichen Seite betrachtet, aus praktischen, wirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Gläubiger aufgelöst werden *mußte*."

Es geht letzten Endes in dieser ganzen Sache um die Beantwortung der Frage, ob der Rhönbruderhof von der damaligen deutschen Regierung wegen seines täuferischen Zeugnisses oder einfach nur wegen seiner Mißwirtschaft und falschen (kriminellen) Darlehensverwendung usw. aufgelöst wurde. Aus dem Diskussionsbeitrag von Horst Gerlach geht hervor, daß diese Frage wenigstens bei manchen deutschen Mennoniten noch nicht beantwortet ist, wobei wir bei der Wahrheitssuche gewarnt werden, uns nicht dadurch beeinflussen zu lassen, daß "sich eine Verfolgung durch die Behörden des Dritten Reiches immer besser ´verkaufen´ läßt als das Eingeständnis eigener wirtschaftlicher Fehlleistungen". Diese Warnung muß ebenso ernst genommen werden wie die Versuchung, eine Gewissensbeunruhigung wegen des eigenen Verhaltens im "Dritten Reich" dadurch dämpfen zu können, daß man bewußt oder auch unbewußt die Motive in Zweifel zieht, aus denen sich Menschen die Verfolgung der weltlichen Mächte zugezogen haben, die in aller Schwachheit versuchten, ein Tatzeugnis gegen diese Mächte zu geben.

Für eine gerechte Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Notlage, wie sie tatsächlich auf dem Bruderhof herrschte, ist es wichtig, die Ursachen und Zusammenhänge mit seinem Tatzeugnis zu kennen. Michael Horsch hat nach der Auflösung versucht, diese zu erforschen. In seiner Schrift berichtet er darüber, wie er nach den eigenen Erntearbeiten "noch einmal nach dem früheren Rhönbruderhof und zu den amtlichen Stellen gereist sei". Aber da traf er keine Bruderhöfer mehr an, die ihm noch eine andere Seite des Bildes hätten vermitteln können, als er es von den ´amtlichen

Stellen´ (Horsch von der Gestapo und Horst Gerlach jetzt vom Kreisausschuß des Landkreises Fulda) bekam. Und anschließend bekennt er, daß er "den Rhönbruderhof vorwiegend von der materiellen, geschäftlichen und wirtschaftlichen Seite betrachtet" habe. Nun mag man eine Aktiengesellschaft oder einen Bauernhof nach vorwiegend materiellen Gesichtspunkten beurteilen, aber diese werden einer Bewegung, wie dem Bruderhof, nicht gerecht. Der Rhönbruderhof bestand nicht nur aus drei aneinandergereihten Einzelhöfen, sondern diese wurden zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammengefaßt, flurbereinigt, verbessert und wie ein Dorf mit seinen kommunalen Diensten betrieben. Da lebten nicht nur drei Bauernfamilien, sondern mindestens 20 Familien, eine Anzahl von Ledigen und Gästen, zusammen an die 150 Erwachsene mit eigenen und aus der Not aufgenommenen Kindern. Für sie alle waren einfach Wohnungen auf- und ausgebaut worden, wozu auch Dienst- und Arbeitsräume kamen: Kinderkrippe, Kindergarten, Schule, Internat für aufgenommene Kinder, Büroräume für die Verwaltung des Bruderhofes und den Verlag, Bibliothek, Backhaus, Werkstätten für Schmiede, Schreinerei, Drechslerei, Schneiderei usw. In diesen war viel Arbeit und Geld investiert worden, deren Wert viel höher war als die Summe der Werte der einzelnen Bauernhöfe. Welches war dann der eigentliche Wert des Bruderhofes? Dürfen wir dabei davon ausgehen, was er einem Bauern, wie Michael Horsch, für seinen Privatbetrieb wert wäre, für den er alle die Gemeinschaftseinrichtungen gar nicht braucht, sondern sogar als für seinen vorwiegend wirtschaftlichen Gesichtspunkt störend sieht?

Wie steht es nun mit dem Vorwurf der "falschen Darlehensverwendung, die ein auslösendes Moment für die Auflösung des Bruderhofes" gewesen sein soll? 1928 hatten wir für den Aufbau des Kinder- und Schulhauses eine billige und langfristige "Hauszinssteuerhypothek" bekommen. Weil wir unsere Kinder nicht im nationalsozialistischen Geist erziehen wollten, wie es die Regierung forderte und mit Gewalt androhte, brachten wir sie 1934 unter ziemlichen Kosten für uns nach Liechtenstein, wo wir deswegen einen neuen Bruderhof beginnen mußten. Danach wurden wir angeklagt, das Kinder- und Schulhaus nicht mehr ´zweckentsprechend´ zu verwenden, und zur sofortigen Rückzahlung der Hypothek mit Zinseszinsen verurteilt. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie der damals herrschende Geist versuchte, das öffentliche Zeugnis gegen ihn wirtschaftlich kaputt zu machen. Zum Bericht darüber in CuS gehört aber, daß selbst dieses Beispiel bei der Auflösung nicht mit einem Wort erwähnt wurde, sondern allein ´staatspolitische´ Gründe, also gegen unseren Glauben und Gesinnung.

Und nun zu der allgemeinen, ´amtlich´ 1980 wiederholten Anklage, daß wir unsere "wirtschaftliche Lage zu positiv darstellten", während der "Rhönbruderhof tatsächlich schlecht gewirtschaftet" habe, weil wir "von der Landwirtschaft wenig verstanden ... und statt zu arbeiten auf den Feldern saßen und sangen, während das Unkraut wuchs". Wir haben nie verheimlicht, und Emmy Arnold berichtet darüber in ihrem Buch "Gegen den Strom" (S.57), daß wir in der stürmischen Anfangszeit in Sannerz in städtischer Unkenntnis Fehler machten und Dummheiten begingen, worüber wir heute noch herzlich lachen können. Um dem abzuhelfen, wurden aber bald junge Männer in die Landwirtschaftsschulen in Schlüchtern und Fulda in die Lehre geschickt. Alle Verbesserungen auf dem Rhönbruderhof wurden auf und nach dem Rat von Fachleuten dieser Schulen in zäher Arbeit und unter Einsatz hoher Investitionen ausgeführt. Jeder, der den Bruderhof aus eigener Erfahrung kannte und nicht nur von außen beobachtete, weiß sofort, aus welchem Geist solche Vorwürfe kommen.

Aber nun bleibt die Frage offen, wie man in große wirtschaftliche Not kommen kann, ohne "schlecht gewirtschaftet" zu haben, worunter in der vorliegenden Schrift deutlich selbstverschuldete finanzielle Defizite durch unverantwortliches Handeln gemeint sind. Auf die Anklage wegen Nichtbefolgung von Vorschriften, falscher Darlehensverwendung, Landwirtschaft zu betreiben, wenn man nichts davon versteht, Faulheit ... versuchte ich vorhin zu antworten. Wenn man aber, bewußt oder nicht bewußt, unter "schlechter Wirtschaft" das versteht, daß Menschen ihren *ganzen* Besitz hinlegen und zusammentun, um ihn dann miteinander und mit notleidenden Erwachsenen und Kindern brüderlich zu teilen, was für sie äußerste Knappheit an Mitteln mit sich bringen kann - daß diese Menschen ´im Schweiße ihres Angesichts´ arbeiten, ohne einen Lohn *für sich* zu erwarten und zu verlangen - daß sie hauptsächlich um ihres Friedenszeugnisses willen von der Gestapo wirtschaftlich bedrängt werden (CuS 2/83, S.33) und dann ohne menschliche Garantie für die Mittel dazu einen zweiten Bruderhof in Liechtenstein beginnen (CuS 3/83, S.24ff) - daß sie trotz dieser auch wirtschaftlichen Bedrängnis in Deutschland ´in unvernünftiger und störrischer´ Weise dieses Zeugnis fortsetzen, bis es durch rohe Gewalt zerstört wird - wenn das alles "schlechte Wirtschaft" genannt wird, dann müssen wir den Vorwurf auf uns sitzen lassen.

Zum Schluß möchte ich wiederholen, daß es uns bei dieser ganzen Sache nicht um persönliche Angriffe und Anklagen

geht, sondern darum, auch zusammen mit Horst Gerlach, die Wahrheit zu finden, in deren Geist wir auch heute für Frieden und Gerechtigkeit Zeugnis geben können. Und das in aller Schwachheit, aber doch und allein aus der Kraft des Geistes Jesu.

Hans Meier, Norfolk CT (USA)

Karlheinz Lipp

Am religiösen Sozialismus weiterarbeiten

Das Leonhard-Ragaz-Institut e.V. Darmstadt

Am 18.12.1984 wurde in Darmstadt das Leonhard-Ragaz-Institut e.V. gegründet. Leonhard Ragaz (1868-1945) gehörte zu den Begründern des religiösen Sozialismus und hat mit seinem Engagement für kapitalismuskritische Oppositionsarbeit, Pazifismus, Bildungsreform sowie kritisch-konstruktiven Dialog mit lebensreformerischen Gruppen seiner Zeit ein Anregungspotential aufzuweisen, das auch heute noch Anknüpfungspunkte bietet. Dr. Jakob Ragaz, der Sohn und Nachlaßverwalter von Leonhard Ragaz, begrüßte ausdrücklich die Gründung des Instituts und unterstützt im Rahmen seiner Möglichkeiten die Arbeit. Das Leonhard-Ragaz-Institut e.V. "hat das Ziel, die Beziehungen zwischen Christentum und sozialen Bewegungen wissenschaftlich zu untersuchen und weiterführende Theorieelemente sowie Praxisformen zu sichten und auf ihre gesellschaftspolitische Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft hin zu befragen ... Der Verein soll weite Kreise der Öffentlichkeit für eine gemeinsame Arbeit interessieren, sie als Mitarbeiter gewinnen, sie zu Spenden oder sonstigen Hilfsleistungen bewegen. Die Arbeitsergebnisse des Instituts sollen in geeigneter Form der interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden." (Aus § 2 der Satzung).

Dem Vorstand gehören folgende Personen an: Dr. Ulrich Dannemann (Büttelborn), Dr. Wolf-Eckart Failing (Darmstadt), Dr. Jens Harms (Schmitten), Dr. Wolfgang Sander (Alsfeld). Zur Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat haben sich bereiterklärt: Prof. Norbert Greinacher (Tübingen), Prof. Günter Ewald (Bochum), Prof. Markus Mattmüller (Basel), Prof. Artur Rich (Zürich).

Die Funktion des Instituts soll folgendermaßen skizziert werden:

- Bei Projekten und Teil-Bewegungen der außerparlamentarischen Bewegung fällt ein Bedarf an Theoriebildung auf. Die Integration partikularer Interessen und Initiativen in einen umfassenden politischen und kulturellen Horizont fällt offenkundig schwer.
- Die progressiven christlichen Gruppen und Einzelpersonen konnten bisher kaum eine bedeutsame Infra-Struktur aufbauen und in einem konstruktiven Dialog zusammengebracht und eingebunden werden. Dazu fehlten nicht nur die Möglichkeiten der Institutionalisierung solcher Orte, sondern auch eine kontinuierliche Trägergruppe, die nicht primär ihre Aufgabe in der Verfolgung der eigenen Gruppeninteressen sieht. Die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Ansätzen blieb so weitgehend aus; neben aktionszentrierten Handlungsformen trat die Reflexionsarbeit zurück.
- Historisch-systematisch besteht ein Interesse, die Elemente einer religiös-sozialistischen Option und Praxis herauszuarbeiten. Dabei geht es vor allem darum, die antikapitalistischen, basisdemokratischen und kulturkritischen Momente auf ihre Tragfähigkeit zu unter suchen, weiterzuentwickeln und in den Diskussionsprozeß der Gruppen einzubringen. Hier erscheint es interessant, die im religiösen Sozialismus oft betonte dialektische Einheit von mittel- und langfristigen Umstrukturierungen *und* konkreter Lebenspraxis (Stichwort: sozialistische Lebensgestaltung) im Auge zu behalten und zu klären.
- In diesem Zusammenhang soll die Herausarbeitung einer kritischen Tradition progressiven Christentums forciert werden; also jener Traditionen des Christentums, die sich dezidiert als Bergpredigt-Christentum verstanden und sich neuzeitlich als kapitalismuskritische Bewegungen formierten.

Das Institut hat den Charakter einer Studiengenossenschaft, die einen größtmöglichen Rahmen von Freiheit für den Einzelnen und seine Interessen (bzw. das von Arbeitsgruppen) verbindet mit einem größtmöglichen Integrationsbemühen.

Konkrete Instrumentarien sind: Arbeitsbibliothek; Forschungsberichte sowie kommentierte Bibliographien als Hilfsmittel für Einzelne und Gruppen; fortlaufende Tätigkeit im Bereich der historisch-systematischen Arbeiten; Einzelprojekte in Kooperation mit anderen Institutionen oder auch selbständig und kontinuierliche Gespräche mit dem wissenschaftlichen Beirat zum Zwecke der Interdisziplinarität.

Als Einstieg in die Arbeitsplanung wurden bisher folgende Interessenschwerpunkte genannt:
Vermittlungsversuch zwischen Traditionen der Gemeinwirtschaft und der Alternativwirtschaft, Ökonomie und Anarchismus, Gewerkschaften, Genossenschafts- und Selbsthilfeversuche am Beispiel Habertshof/Neuwerk, Arbeit und Technologie, zusammenfassende Erforschung und Darstellung des religiösen Sozialismus als internationale Bewegung, sozialistische Lebensgestaltung, Alltag und Politik, Neue Subsidiarität und Sozialpolitik, utopische Momente in politisch-sozialen Bewegungen, Bildungsproblematik und politische Bildung, Basisdemokratie als politisches Strukturmodell, Aufnahme sozialistischer Fragestellungen im Zusammenhang von ethischer und theologischer Urteilsbildung, Pazifismus, Frauen in Gesellschaft und Kirche.

In den nächsten Jahren will das Institut die Ragaz-Gesamtausgabe herausgeben. Folgende zwölf Bände sind geplant:
- Band 1: Zur Weltlage - Politische Zeitkommentare
- Band 2: Bibelauslegung - Biblische Hermeneutik
- Band 3: Theolgie - Kirchenkritik - Gemeinde
- Band 4: Pädagogik - Volksbildung
- Band 5: Lebensreform - Sozialistische Lebensgestaltung - Frauenfrage
- Band 6: Friedens- und Gewaltfrage
- Band 7: Judentum - Zionismus - Christentum
- Band 8: Sozialismus-Konzepte - Kommunismusdiskussion
- Band 9: Predigten und Andachten
- Band 10: Natur- und Schöpfungsverständnis
- Band 11: Sozialethik
- Band 12: Varia

Anläßlich des 40. Todestages von Leonhard Ragaz am 6.12.1985 ist eine Ausstellung geplant.
Um die Erstellung einer Bibliographie zur religiös-sozialistischen Bewegung zu beschleunigen, bittet das Institut um entsprechende Hinweise (auch: Diplom-, Magister-, Lizentiats- und Examensarbeiten).
Für Nachlaßmaterialien, Schenkungen, Buch- und Geldspenden ist das Institut sehr dankbar, zumal es sich erst im Aufbau befindet.

Kontaktadresse: Leonhard-Ragaz-Institut e.V. Darmstadt, Rathausstr. 7, 6100 Darmstadt 12

David Ormrod

Die christlich-sozialistische Bewegung in England

Dieser Text folgt im wesentlichen einem Vortrag des englischen Genossen Dr. David Ormrod vom 22.9.1984, in den stellenweise zusätzlich von D. Ormrod verteilte schriftliche Informationen eingearbeitet wurden. Zum besseren Verständnis wurde der gesprochene Text geglättet und gestrafft.

Von den Anfängen bis zum II. Weltkrieg

Die Geschichte der christlich-sozialistischen Bewegung in England reicht weit zurück bis in die Jahre 1830 bis 1848. Der christliche Sozialismus lieferte in seinen Anfängen eine kraftvolle Kritik am Industriekapitalismus und trug in direkter Weise zum Entstehen der Kooperativbewegung und der Bewegung für gesellschaftliches Eigentum bei; ebenso beeinflußte er stark die frühen Anfänge der Trade-Union-Bewegung und der Labour Party.

In England hat es auf der rechten, konservativen Seite nie eine eigenständige Partei mit explizit "christlichem" Anspruch zur Rechtfertigung der herrschenden Verhältnisse gegeben, weil die Kirche von England immer schon etablierte Teilhaberin an der staatlichen Macht war (26 Bischöfe sitzen automatisch im House of Lords).

Im linken Spektrum gesellschaftlicher Bewegungen angesiedelt, haben sich zwei Hauptströmungen christlich-sozialistischen Denkens und Handelns herausgebildet, die zu Anfang unseres Jahrhunderts in den beiden wichtigsten Organisationen repräsentiert waren: der "Guild of St. Matthew" und der "Christian Social Union". Die "Guild of St. Matthew" war die radikalere, sie arbeitete viel über die Organisation sozialistischer Sonntagsschulen und wurde von manchen als neue Art von Religion angesehen, als Religion des Sozialismus; sie forderte eine enge Übereinstimmung zwischen Sozialismus und Christentum, setzte beides in eins, und hatte einen starken Einfluß auf die wachsende Labour-Bewegung. Die "Christian Social Union" ermöglichte das Eindringen sozialistischer Ideen in die Kirchen; diese Organisation war bis 1920 ziemlich aktiv. Ihre Arbeit in den Kirchen führte zwar nicht dazu, daß die Kirchen sich zu sozialistischen Positionen bekehrten, aber sie trieb die Kirchen doch zumindest dazu, sozial aktiver zu werden, Programme sozialen Handelns sich zu eigen zu machen. Ihre Ideen wurden von den Kirchen in einer Art und Weise aufgenommen, daß man sagen kann, daß die Kirchen in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts

weitaus weniger konservativ geworden waren als früher, weil es ein soziales Element gab. Daß sie allerdings in irgendeiner Weise "sozialistisch" geworden wären, konnte man von den Kirchen nicht sagen. So begann der Christliche Sozialismus sich in den 30er Jahren in einer anderen Richtung zu orientieren: Er identifiziert sich nun hauptsächlich mit der Labour Party und ihren politischen Programmen und wird damit direkt an eine politische Organisation gebunden. Er übernimmt die Rolle der linken Kritik an den Programmen der Labour Party. Diese Rolle hat er die gesamten 30er Jahre hindurch inne.

Einer der wichtigsten Theoretiker und Sprecher dieser kritischen Stimme war Stafford Crips, britischer Botschafter in Moskau, Schatzminister und Gründer des Christlich-Sozialistischen Bundes (Christian Socialist League, 1931 - 1958). Hauptsächlich durch seine persönliche Integrität und Überzeugungskraft kam diese Kritik in der Labour Party zu Gehör.

Während der späten 30er Jahre und des II. Weltkriegs erlebte der Christliche Sozialismus in England eine starke Politisierung. In diesen Jahren entwickelte sich eine erste Phase des christlich-marxistischen Dialogs unter Führung von Leuten wie John Macmurray, Joseph Needham, John Lewis und vielen anderen. 1942 wurde eine Organisation gegründet, die prosowjetisch orientiert war, der Council of Clergy and Ministers for Common Ownership (Geistlicher Rat für Gemeineigentum). Ebenfalls 1942 entstand die kurzlebige Common Wealth Party, die einzige explizit christlich-sozialistisch ausgerichtete politische Partei, die je in England existiert hat. Diese Initiativen hatten in jener Zeit starken Anteil daran, daß sich von der Basis her Druck in Richtung eines sogenannten "ethischen Sozialismus" entwickelte. Diese Bewegung hat die Nachkriegsprogramme der Labour Party sehr maßgebend beeinflußt (Wohlfahrtsstaatsprogramm, Programm zur Verstaatlichung von Verkehrswesen, Kohle, Erziehungswesen usw.). 1945 gab es über hundert Labourabgeordnete, die sich in einer christlich-sozialistischen parlamentarischen Gruppe zusammenschlossen.

Von 1945 bis heute

In den 50er Jahren entwickelten sich heftige Spannungen zwischen dem bei der Labour Party arbeitenden Christlich-Sozialistischen Bund auf der einen Seite und dem Geistlichen Rat für Gemeineigentum auf der anderen Seite, die sich hauptsächlich an der Frage entzündeten, welche Haltung man der Sowjetunion und der englischen KP gegenüber einzunehmen

hätte. Diese Spaltung führte dazu, daß der Christliche Sozialismus in jener Zeit eine sehr schwache Kraft in der englischen Politik war. Der Einmarsch der Sowjetunion in Ungarn und der zahlenmäßige Niedergang der englischen KP ermöglichten dann einen Abbau dieser Spannungen, und 1960 fanden die beiden Hauptströmungen der Christlichen Sozialisten wieder zusammen und legten den Grundstein für die moderne englische christlich-sozialistische Bewegung. Die Einstellung des Christian Socialist Movement ist heute gegenüber der Sowjetunion kritisch-freundschaftlich zu nennen. Die englischen christlichen Sozialisten bestehen darauf, daß diese zwei Gleise ihres Engagements äußerst wichtig sind: einerseits in der Labour Party zu arbeiten, andererseits ihrer Arbeit eine stark nach außen orientierte Dimension zu geben, indem sie sich im Dialog mit osteuropäischen Genossen engagieren, und somit zur west-östlichen Versöhnung mit beizutragen.

Was die Beziehungen zur Labour Party betrifft, so gab es den Versuch einer recht engen Zusammenarbeit während der zweiten Labour-Nachkriegsregierung unter Harold Wilson in der Mitte der 60er Jahre. Harold Wilson zählte sich selbst zu den Christlichen Sozialisten, und die Beziehungen waren recht eng, vor allem in der Diskussion über die Industrial Relations Bill (vergleichbar dem Betriebsverfassungsgesetz), über Verstaatlichung, über Abrüstung und über die Anti-Vietnamkriegskampagne. Aber es war eben doch eine sehr enttäuschende Erfahrung, auch wenn die Christlichen Sozialisten viel linke Kritik an der Labour-Politik üben konnten. Es zeigte sich sehr deutlich, daß zwischen der konkreten Labour-Politik, den Vorstellungen eines Sozialistischen Commonwealth und der Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden doch himmelweite Unterschiede bestehen. So nahmen die Christlichen Sozialisten während der Zeit der dritten Labour-Nachkriegsregierung eine schärfer kritische, realistischere Haltung ein, kämpften entschlossen innerhalb der Partei für sozialistische Positionen. Als Reaktion darauf wurde die Sozialdemokratische Partei als rechtszentristische Abspaltung von David Owen und Shirley Williams ins Leben gerufen.

Gegenwärtig setzen die Christlichen Sozialisten ihren Kampf für sozialistische Ideen innerhalb der Labour Party fort und versuchen, marxistischen Positionen in der Partei Raum zu verschaffen. Mit der Sozialdemokratischen Partei möchten sie nichts zu tun haben, da deren Führer zwar ehemalige Labour-Leute seien, die Stimmen für diese Partei aber von rechts, im konservativen Lager, gesammelt werden und somit mit den Zielen der Christlichen Sozialisten nichts gemein-

haben. Der schon erwähnte christlich-marxistische Dialog erfuhr einen neuen Aufschwung in den 60er Jahren, dabei gab es Gespräche zwischen Christlichen Sozialisten und führenden Mitgliedern der englischen KP. Diese Gespräche waren aber noch recht akademisch und theologisch-theoretisch geprägt.

Im Jahre 1980 institutionalisierte die Kommunistische Partei diese Initiativen, indem sie ein Beratungskomitee für Religiöse Fragen einrichtete. Eines ihrer prominentesten Mitglieder, Irene Brennon, römisch-katholisch und Mitglied des nationalen Exekutivkomitees, begann den Dialog auch mit den Christlichen Sozialisten. Diese Gespräche führten u.a. zur Organisation einer nationalen Tagung zum Thema "Sozialistische Propheten und Utopien", auf der der christlich-marxistische Dialog einen breiten Raum einnahm und zu der verschiedene Schriften herausgegeben wurden.

Unter dem Eindruck, daß die Forderungen nach Ost-West-Versöhnung und die Forderungen der Friedensbewegung von allerhöchster Dringlichkeit sind, setzen die englischen Christlichen Sozialisten ihre schon seit Jahrzehnten bestehenden Initiativen zu Gesprächen in Osteuropa weiter fort. Dieses Engagement ist vor allem seit 1972, als das Britische Komitee der Christlichen Friedenskonferenz neu gegründet worden war, sehr intensiv; u.a. gab es Reisen zu Konferenzen in Prag, Moskau und anderen osteuropäischen Städten.

Zur Organisation

Die Organisation selbst hat heute über 1000 Mitglieder und gibt eine vierteljährlich erscheinende Schrift heraus, den "Christian Socialist". Zusammen mit einer neuen, seit 1978 bestehenden übergreifenden christlichen Organisation, der COSPEC, deren stärkstes Mitglied sie ist, hat sie für die Unterhauswahlen 1983 ein alternatives christliches Manifest erarbeitet, außerdem neuerdings eine christliche Opposition-Charta. Diese stellt ein allgemeines Programm auf, kein sozialistisches, aber eines, das man vielleicht ein soziales, demokratisches nennen könnte, in dem alle Christen aufgerufen werden, die Opposition gegen die gegenwärtige extrem rechte Thatcher-Regierung zu unterstützen.

Die COSPEC (Christian Organization for Social, Political and Economical Change - Christliche Organisation für gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Veränderung) ermöglicht die Zusammenarbeit verschiedener christlicher Gruppierungen bei bestimmten Projekten (Kampagnen, Manifeste wie die vorgenannten, Tagungen, Konferenzen etc.). Sie will im Sinne des Evangeliums politisch-oppositionell tätig sein, da man aus der Geschichte anderer Länder lernen könne (Deutschland, Südafrika z.B.), daß Christen sich oft viel zu wenig und viel zu spät politisch organisiert und betätigt haben.

Die Christlichen Sozialisten haben acht starke Organisationszweige in wichtigen englischen Städten, ihre Mitglieder sind vorwiegend anglikanischer und methodistischer Glaubensrichtung, wenige sind römisch-katholisch oder Quäker. Es wird als großes Manko angesehen, daß nur 10 % von ihnen Handarbeiter sind, während ihre Mehrzahl sich aus Intellektuellen, Pfarrern, Mittelklasseangehörigen zusammensetzt. Zwanzig bis dreißig sind Labour-Abgeordnete, ein paar im House of Lords und einige Stadträte.

Sie geben ihre Zeitung heraus, veröffentlichen gelegentlich zu verschiedenen Themen etwas. Außerdem erscheint eine jährliche Publikation mit höherem Anspruch im Vergleich zu den übrigen, mehr populär gehaltenen Schriften; sie will neue Denkweisen stärker theoretisch reflektieren. Im übrigen werden Versammlungen, Tagungen und Schulungen organisiert, die Christlichen Sozialisten sind bei allen wichtigen Zusammentreffen der Trade Unions und der Labour Party präsent. Kampagnenarbeit wird normalerweise über andere organisatorische Kanäle organisiert, wie amnesty international und ähnliche.

Übersetzung: Marlis Cavallaro

Arnold Pfeiffer

Karl Marx, der Tod und die Apokalypse

Zum 100. Geburtstag von Ernst Bloch

Ernst Bloch, der "der produktivste Ketzer des Marxismus" genannt wurde, wurde am 8.Juli 1885 in Ludwigshafen geboren. Im Schweizer Exil während des I.Weltkriegs entstand das Werk "Geist der Utopie". 1933 mußte er Deutschland verlassen, an der Seite seiner Frau Karola, die er 1934 in Wien heiratete. Über die Schweiz, Österreich und Prag gelangte er in die USA, wo sein großes Werk "Das Prinzip Hoffnung" (1954-1959 in 3 Bänden in der DDR erschienen) entstanden ist. Nach der Zwangsemeritierung 1957 und anderen ihm auferlegten Beschränkungen in Leipzig siedelte er 1961 nach Tübingen über, wo er, 92-jährig, am 4. August 1977 gestorben ist.

Im Bereich der Dogmatiker ist er schlecht gelitten - der jüdische Visionär und prophetische Denker Ernst Bloch. Während ein bornierter Klempner-Marxismus (geistlos neue Herrschaftsverhältnisse verschleiernd) Bloch aus der Denkgeschichte des Marxismus, die ihm so vieles verdankt, einfach streichen will, ahnen die, die hier im Westen Begriff und Sache der Freiheit pervertieren, es müsse sich bei diesem ewig Aufmüpfigen um einen Gegner handeln, den man auszutreiben hätte wie den Leibhaftigen selbst.

Radikales Denken ist nach Marx ein solches, das den Dingen an die Wurzel geht. An den Wurzeln der Dinge hat Bloch den Menschen ausgemacht. Mit dem "Theologen der Revolution", Thomas Müntzer, dem er eine bewegende Rhapsodie widmete, war er auf den Tatbestand der gesellschaftlichen Widersprüche, der Klassenwidersprüche, gestoßen. Sein lebenslanges sozialistisches Engagement hieß Parteinahme für die russische Revolution, Parteinahme für den Kampf gegen das Nazisystem, Parteinahme für die weltweite gesellschaftliche Emanzipationsbewegung. Hatte sich Bloch in den 30er Jahren (genauso wie der Zürcher Theologe Leonhard Ragaz übrigens, wie Lion Feuchtwanger, wie Romain Rolland, wie Heinrich Mann und viele andere) als Hitlergegner zum Sowjetstaat bekannt, so war doch schon 1929, bei einer Begegnung mit Georg Lukács, dem alten Freund aus Heidelberger Tagen, offenbar geworden: Lukács verstand sich (Kämpfer der ungarischen Räterepublik, der er war) als "Kommunist", Bloch dagegen als "Anarchist".

Daß diese herrschaftskritische Tendenz ihn, der 1949 (ähnlich wie Emil Fuchs kurz zuvor) voller Hoffnungen nach Leipzig gegangen war, mit dem offiziellen System-Marxismus in Konflikt bringen würde, war nur eine Frage der Zeit. Die Geschichte hat inzwischen darüber entschieden, von wem noch zu reden ist, von seinem damaligen Gegenredner Rugard Otto Gropp oder eben von ihm - von Ernst Bloch. "Naturrecht und menschliche Würde", der Wille zum aufrechten Gang - das ist lebendigem Marxismus heute unveräußerlich. Der "reale Sozialismus", will er dauern, bedarf dieses Teils seines Erbes heute mehr denn je.

Der Rückgang theologischer Energie, wie er in den letzten Jahren in Westdeutschland zu beobachten ist, läßt kritisch fragen: Was haben wir eigentlich mit Bloch, als der alte Ludwigshafener zu uns kam, angefangen? Walter Jens, immerhin, hat ihm persönliche Freundschaft zugewendet; Jürgen Moltmann hat mit Blochs Hoffnungsphilosophie seine "Theologie der Hoffnung" belebt. Während jedoch Moltmann zu einer

im guten und im weniger guten Sinne des Wortes "ausgewogenen" Trinitätstheologie "fortschritt", hat der Katholik Johann Baptist Metz von Bloch bleibende Anregungen empfangen. Ratzinger, heute in Rom der führende Ideologe, hat verhindert (gegen Karl Rahners Einspruch), daß Metz aus Münster nach München berufen wurde, und Ratzingers Mann in Deutschland, der Tübinger Dogmatiker Walter Kasper, eliminiert in seinem "Katholischen Erwachsenenkatechismus" alles aufklärerische Erwachsensein des Menschen.

Wer Bloch gelesen hat, weiß, warum die kirchlichen Apparate allergisch auf ihn reagieren. Eine religionskritische Passage bei Bloch lautet (im genialen Frühwerk "Geist der Utopie" von 1918): "Was uns in seiner stümperhaften und dann rachsüchtigen Hand hat: hemmend, verfolgend, verblendend, die Spinne, das Fressen und Gefressenwerden, der Giftskorpion, der Würgeengel, der Zufalls-, Unfalls-, Todesdämon, die Heimatlosigkeit alles Sinnvollen, der Mordgestank der Menschheit, das dicke, banale, zu durchschlagende Trennungsgebirge vor aller Vorsehung, der Zauberer des ´frommen´ Panlogismus - das alles kann nicht dasselbe Prinzip sein, das einst Gericht halten will und dann vorgibt, uns schon längst auf unerforschlichen, übervernünftigen Wegen behütet und uns, unerachtet des Sündenfalls der Welt durch unsere Hoffart im Herzen getragen zu haben."

Was theologisch als das "Dämonische in Jahwe" benannt wurde, ist hier in eine existentielle Religionskritik hineingenommen, die dem bewegungslos im Himmel der Selbstgefälligkeit verweilenden Gott die Absage Hiobs ins Gesicht schleudert. Es ist schier unglaublich, daß man nach Auschwitz manchen die Differenz zwischen dem unverändert himmlisch thronenden und dem geschichtlich unters Rad geflochtenen, leidenden Gott erst noch erklären muß. Bloch hat, Jahrzehnte *vor* Auschwitz, bereits den Zynismus in dem gewittert, was als "Panlogismus" bei Hegel doch Norm alles fortschrittsgläubigen Denkens zu sein schien.

Die "Differenzierungen im Begriff Fortschritt", die Bloch von daher für angebracht hilet, sind denen, die von Bloch allenfalls wissen, er habe sich zum "Prinzip Hoffnung" bekannt, vielfach entgangen.

Dennoch enthält schon Blochs "Geist der Utopie" die vorwärtsweisende Grundperspektive, die in der kommenden Welteinheit Armut und Elend beseitigt und das "Innerliche, Stille, Irrationale" zum Ziel gebracht sieht im neuen Zeitalter des Geistes. Was Pierre Teilhard de Chardin mit dem

"Punkt Omega" als dem Ziel der Geschichte meinte, das meint Bloch mit seiner Vision von der "Geburt" (siehe Offenbarung 12!) des universalen Christus.

Solche Schau liegt in der Tradition jüdischer Prophetie. Zu dieser Prophetie tritt für Bloch ergänzend die Apokalyptik (quasi als Wissen von der Weltvollendung) und die Kabbala hinzu, das jüdische Geheimwissen (zu dem er die Theosophie bis hin zu Rudolf Steiner hinzunimmt).

Ein Denker, der sich umsah bei den Buddhisten, im innersten Sudan, im druidischen Irland, bei den Sufis, in der Kabbala, bei den Katharern, den Rosenkreuzern - der kann Polit- wie Amtskirchendogmatikern nur ein Ärgernis sein. Wir aber, die wir die von jenen Dogmatikern vertretenen "Wahrheiten" in nichts zerfallen sehen, freuen uns an Ernst Bloch, der uns im Denken das Überschreiten gelehrt hat.

Buchbesprechung

Südafrikas pervertiertes Gesicht

Zu dem Dokumentationsband: *Bekenntnis und Widerstand. Kirchen Südafrikas im Konflikt mit dem Staat (Dokumente zur Untersuchung des Südafrikanischen Kirchenrates durch die ELOFF-Kommission), Hg.: Evangelisches Missionswerk im Bereich der BRD und Berlin e.V. (EMV), Missionshilfe-Verlag, Hamburg 1983, 560 S., 18,80 DM.*

"Rat der ELOFF-Kommission an Botha: Geldhahn des Südafrikanischen Kirchenrates zudrehen". So lautete Mitte Februar die Schlagzeile einer niederländischen Tageszeitung (TROUW vom 16.2.1984). Hinter dieser schlichten Sentenz steckt einer der ungeheuerlichsten Vorgänge der Kirchengeschichte - nicht nur in Südafrika, sondern einmalig auch in der ganzen Welt: Von Staats wegen wurde eine kirchliche Institution angeklagt und in einer speziell zusammengestellten Kommission (nach dem leitenden Richter Eloff benannt), nicht aber auf gewöhnlichem Rechtswege (!) untersucht, ob sie subversiver Aktivitäten "beschuldigt werden kann". (Das Urteil stand natürlich schon vorher fest!)

1981 gab die rassistische Regierung Südafrikas den Auftrag, den Südafrikanischen Kirchenrat (SACC), der eine Gruppe von schwarzen und englischsprachigen Kirchen (die zusammen mehr als die Hälfte der Bevölkerung vertreten) zusammenfaßt, vor eine staatliche Kommission zu stellen. Die Südafrikanische Polizei hatte eine Beschwerdeschrift verfaßt (in der Dokumentation S.44-136) und mit spekulativen und unwahren Behauptungen den SACC in ein zweifelhaftes Licht setzen wollen. Zielscheibe der Vorwürfe war vor allem der SACC-Generalsekretär, Bischof Desmond Tutu, die SACC-Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung und die Finanzabteilung. Letztere hatte von 1975 bis 1981 etwa 40 Mio. DM erhalten, wovon 97 % aus dem Ausland kamen, da der SACC selbst seine kirchlichen und sozialen Aufgaben nicht bezahlen kann, da er die arm gehaltenen Bevölkerungsschichten vertritt.

Der vorliegende Band dokumentiert die haltlosen Vorwürfe der südafrikanischen Polizei, die argumentativ überzeugenden Verteidigungsreden, die vor allem auch durch ihre klaren Glaubensaussagen, die in den Kontext von Südafrika gebracht werden, bestechen. Desmond Tutu verdeutlicht dabei die theologischen Grundlagen der Versöhnungsarbeit des SACC ("Das göttliche Ziel, S.18-43, und "Eine geistliche Pilgerfahrt", S.333-487). Der SACC-Präsident, Peter Story, beschreibt die Arbeit der Institution und Dr.W. Kistner (von der EKD für diese Aufgabe bleibend nach Südafrika entsandt) legt dar, daß vor allem aus den Erfahrungen der Bekennenden Kirche zur Zeit des Nazi-Regimes in Deutschland eine Lektion zu lernen ist und daß der Begriff "status confesionis" für die südafrikanische Kirche und für ihr Zeugnis in Südafrika von besonderer Bedeutung ist. (1977 hat der Lutherische Weltbund in Daressalam, 1982 der Reformierte Weltbund in Ottawa Apartheid als Häresie, Sünde gegen Gott, bezeichnet; vgl. dazu Kistners Antwort auf die Darstellung der südafrikanischen Polizei und das mit ihm geführte "Kreuzverhör", S.251-332.)

Aber auch Vertreter aus verschiedenen anderen Kirchen der Ökumene legten in der Kommission Zeugnis ab für die Geschwister in Südafrika. So wurden Heinz-J. Held, Werner Conring und Martin Kruse aus der BRD zu den Kontakten zu dem SACC gehört (zumindest "an-"gehört). Sie und die anderen Vertreter aus mehreren Ländern widersprachen den Vorwürfen des Apartheid-Regimes, daß Südafrika im "Brennpunkt eines gezielten Anschlags der kommunistischen Welt und des von ihr kontrollierten ANC" (S.110) stehe und daß der SACC zu einer politischen "pressure group" mit einem politischen Evangelium entartet sei und von außen in seinen die "Staatsmacht" unterminierenden Aktivitäten ideologisch und finanziell unterstützt werde. Dennoch hat ELOFF Botha nun empfohlen, den SACC unter Anwendung des Gesetzes Nr.31 von 1974 zu einer "affected organization" zu erklären, den ausländischen Geldfluß zu stoppen (z.B. Spenden vom Kirchentags-

Südafrikatag). Es ist zu befürchten, daß dadurch die vielfältigen kirchlichen und sozialpflegerischen Programme des SACC, auf die Millionen von unterdrückten Schwarzen dringend angewiesen sind, um überleben zu können, abgebrochen werden. Es ist klar, daß durch das Engagement der EKD und deutscher Christen in und um Südafrika, wir alle mit angeklagt sind. Die Christen hätten sich demnach nicht mehr nach den Geboten Gottes zu richten, sondern sollen dem totalitären Anspruch der Rassisten auch im kirchlichen Raum huldigen! Deshalb ist diese Situation mit der von 1933-45 in Deutschland mit dem Absolutheitsanspruch der Nazis vergleichbar. In Südafrika hat der SACC insofern vom Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche gelernt, als sie nicht nur für die staatlichen Eingriffe in die Kirchen den Status confessionis, sondern auch überhaupt die rassistische Politik der Regierung als Sünde deklarieren und entsprechend Widerstand leisten. Hier geht das Engagement über das der Bekennenden Kirche, die doch größtenteils keinen politisch-aktiven Widerstand geleistet hat (Bonhoeffer und den Kreis vom 20.Juli 1944 ausgenommen), entscheidend hinaus. Alle damit zusammenhängenden theologischen und politisch-historischen Fragen in den spezifischen Entwicklungen in Südafrika (Einwanderung der Buren 1652, Zurückdrängen der Schwarzen seit 1800, 50 Jahre gewaltloser Widerstand des ANC bis 1976, Blutbad beim Schüleraufstand in Soweto 1976, Verbot des "Christlichen Instituts" unter dem nun gebannten Beyers Naudé 1977, Ermordung Steve Bikos 1977, nun schon fünf Jahre Homeland-Politik nach der Devise "Teile und herrsche!", theologische Rechtfertigung der Apartheid durch die drei "weißen" Kirchen) werden erwähnt.

In einem Anhangsteil stehen verschiedene Artikel, die auf die allgegenwärtige Häresie des Rassismus eingehen. Das wichtige Memorandum christlicher Wissenschaftler in der BRD von 1982 ist aufgenommen. Diese Dokumentation ist ein aktueller Beitrag zum 50. Jahrestag der Barmer Bekenntnissynode und trifft dabei die brennendsten Fragen von Kirche in unserer eigenen Gesellschaft. Zusammen mit den Stimmen aus Südafrika wird hier der Brückenschlag zu *unserer* Situation hervorgehoben: Südafrika ist "Pflanzstätte von protestantischen, reformierten und lutherischen Ideen ..., von Evangeliumsverständnis, von Kirchengründungen und auch Staatsgründungen, nachher mit dem Resultat auch der Apartheidsgesellschaft. Und in erhöhtem Maß gilt das, weil das ökonomisch-politische System, in dem ich existiere - sogar seine Missionstätigkeit - dort seinen Markt hat und seine Ressourcen. Ich bin also in der Totalität des innersten Bekenntnisses bis hin zur äußersten Geschäftssituation mit dabei, mitschuldig und mitverantwortlich. Südafrika, das ist mein Erbe, das ist, wenn Sie so wollen, mein pervertiertes Gesicht" (S.511).

Autoren dieses Heftes

Klaus A. Baier, Dr. theol., ev. Pfarrer, Alsterbogen 16-18, 2390 Flensburg.
Ulrike Baur, Redaktion »Kirche und Gesellschaft«, Süddeutscher Rundfunk, 7000 Stuttgart 1.
Marlis Cavallaro, Dipl. Päd., Gabelelsberger Straße 32, 6000 Frankfurt 60.
Herbert Falken, kath. Pfarrer, Daenstraße 4, 5190 Stolberg-Schevenhütte.
Frank Mathias Hofmann, Student der ev. Theol., Obere Karspüle 30, 3400 Göttingen.
Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., Prof. für Volkswirtschaftslehre, Dünenweg 13, 4800 Bielefeld 14.
Karlheinz Lipp, Im Leimen 16, 6500 Mainz.
Hans Meier, Society of Brothers, Norfolk CT 06058 (USA).
Dr. David J. Ormrod, 18 Love Lane, Canterbury, Kent CT 1 1TZ (GB).
Arnold Pfeiffer, Dr. theol., ev. Pfarrer, Hauptstraße 11, 6580 Idar-Oberstein.
Herbert Sorgius, Buchbinder, Römerstraße 15, 7407 Rottenburg 7 Weiler.
Ulrich Spörel, Wiss. Mitarbeiter, Prinzenstraße 5, 4800 Bielefeld 1.

Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.

EINLADUNG ZUR TAGUNG:

THEOLOGIE DER BEFREIUNG FÜR EUROPA

18.-20.10.1985 FERIENDORF GOMADINGEN BEI REUTLINGEN

REFERENTEN

JOSE AMREIN IMMENSEE, SCHWEIZ

NORBERT GREINACHER TÜBINGEN

als Christ Sozialist
Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.

ANMELDUNG

NAME

ADRESSE

ANREISE MIT AUTO/BAHN

WEITERE INFORMATIONEN GIBT ES RECHTZEITIG VOR DER TAGUNG

BITTE SENDEN AN:
BDRS
POSTFACH 5005
7300 ESSLINGEN